KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH

Lagebericht

der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2013

I. Gesamtwirtschaftliche Situation

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund der nach wie vor verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung wächst die deutsche Wirtschaft zurzeit mit moderatem Tempo.
Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war um 0,7 % höher als im Vorjahr und entsprach den Wachstumsprognosen für das Jahr 2013. Die deutsche Wirtschaft erwies sich damit auch im vergangenen Jahr in einem schwierigen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt wächst trotz der Krise im Euroraum weiter, wenn auch nur gering. Für das Jahr 2014 liegen die Prognosen für das Wachstum weiter im positiven Bereich und werden an die aktuelle wirtschaftliche Lage permanent angepasst.

Die kontinuierlich positive Entwicklung der Beschäftigung sorgt nach wie vor für ein solides Wachstum der Privaten Konsumausgaben.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,50 % gestiegen. Die Jahresteuerungsrate wurde durch die überdurchschnittliche Preisentwicklung der Energieprodukte geprägt.

Der Arbeitsmarkt ist stabil und weiter in einer guten Verfassung. Der Aufwärtstrend der Beschäftigung setzte sich fort. Dabei nimmt weiterhin im Wesentlichen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu; die Zahl der Selbstständigen ist weiter rückläufig.

In Mecklenburg-Vorpommern ist sie im Vergleich zum Vorjahr von 12,0 % auf 11,7 % gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. Der Arbeitsmarkt in der Region hat sich erfreulicherweise weiter stabilisiert. Die Arbeitslosenquote für die Stadt Neubrandenburg konnte von dieser Entwicklung profitieren. Sie weist im Vergleich zum Vorjahr einen leicht negativen Trend aus, liegt aber damit weiterhin über dem Durchschnitt des Landes.

2. Entwicklung der Branche

Die Immobilienwirtschaft stellt einen der größten Wirtschaftszweige in Deutschland dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich auf über 422 Milliarden EUR. Dies entspricht einem Anteil von 19,1 % an der gesamten Bruttowertschöpfung.

Das Wohnen wird als wichtigstes Wirtschafts- und Sozialgut gesehen, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung langfristig zu pflegen und zu entwickeln ist. Demografische Belange, Energieeffiziens und bezahlbares Wohnen sind die Meilensteine für das investive Handeln der Akteure, sei es in die Bestände oder in den Neubau. Im Fokus der Bauaktivitäten stehen die energetischen Sanierungen sowie die altersgerechte Umrüstung von Wohnungen.

Trotz anhaltendem Bevölkerungsrückgang zeigten sich die Wohnungsteilmärkte in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin stabil, jedoch regional differenziert. Landesweit konnte der Wohnungsleerstand auf Grund fehlender Nachfrage durch Rückbaumaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus und durch Investitionen in die Bestände weiter reduziert werden. Diese Tendenz zeichnet sich auch in Neubrandenburg ab. Tendenziell steigen in Mecklenburg-Vorpommern vor allem die Leerstände in den ländlichen Räumen. Dagegen zeichnen sich bereits in einigen Städten und städtischen Teilräumen Verknappungstendenzen ab. Veränderungstendenzen bringt der demografische Wandel zudem im Bereich der Daseinsvorsorge, aber auch in der Vernetzung von Handel- und Dienstleistungsangeboten mit sich. In Neubrandenburg hat dies zur Folge, dass auch weiterhin Angebote überprüft und ggf. modifiziert werden müssen und der weitere nutzungsspezifische Umbau der Innenstadt und der Stadtteilzentren fortgeführt werden muss.

Die Finanzausstattung der Kommunen des Landes ist angespannt. Somit können die erforderlichen Investitionen in die stadtstrukturelle Entwicklung und die Maßnahmen zur Anpassung der sozialen und technischen Infrastruktur an die sich verändernden soziodemografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht im ausreichenden Umfang getätigt werden.

Die Kommunen sind auf die finanzielle Unterstützung durch Bund und Land angewiesen. Einen wesentlichen Beitrag dabei leistet die Städtebauförderung – zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommune getragen. Die auf Bundesebene vorgesehen deutliche Erhöhung der Bundeshaushaltsansätze für die Programme der Städtebauförderung lässt auf eine Verbesserung der Planbarkeit von Vorhaben innerhalb der Stadterneuerung hoffen.

Damit verbessern sich die Rahmenbedingungen für stadtstrukturelle Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich.

Die für die Bewältigung dieser Aufgaben zur Verfügung stehenden Fördermittel sollen im Rahmen der Städtebauförderung nach mehreren Jahre der intensiven Diskussion auf 700 Mio. EUR für alle Programme der Städtebauförderung und alle Länder festgeschrieben werden.

Ergänzend dazu ist im Operationellen Programm des Landes MV für den EFRE (EU Strukturfond) die urbane Dimension verankert, so dass auch aus diesen Mitteln infrastrukturelle Belange der Städte Unterstützung erfahren werden.

Diese Entwicklung stellt neue Chancen für die Gesellschaft dar.

II. Lage der Gesellschaft

1.1 Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2013

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2013 die Umsatzerlöse auf dem Niveau des Vorjahres stabilisieren können. Die Treuhandtätigkeit ist weiterhin als tragende Säule der Gesellschaft zu sehen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft im Jahr 2013 waren die Abwicklung der Aufgaben innerhalb der Stadterneuerungsmaßnahmen in Neubrandenburg:

- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Wolgaster Straße"
- Stadtumbaumaßnahme „Reitbahnviertel"
- Stadtumbaumaßnahme „Oststadt"
- Stadtumbaumaßnahme „Datzeberg"

als treuhänderischer Beauftragter/Entwicklungsträger der Stadt Neubrandenburg;

und

- Sanierungsmaßnahme „Altstadt einschließlich Erweiterungsgebiet Vor dem Treptower Tor" Neubrandenburg
- „Nordstadt–Ihlenfelder Vorstadt", inkl. dem Programm „Die Soziale Stadt" Neubrandenburg

jeweils im Namen und für Rechnung der BIG-STÄDTEBAU GmbH als treuhänderischer Sanierungsträger der Stadt Neubrandenburg.

Des Weiteren wurden Dienstleistungen zur Realisierung weiterer Aufgaben für die BIG-STÄDTEBAU GmbH erbracht.
Der reduzierte Umfang der Städtebauförderungsmittel hat sich in 2013 bereits direkt auf die Umsätze in diesem Tätigkeitsfeld der Gesellschaft nieder geschlagen.

Für die folgenden Jahre sind demgemäß zur Stabilisierung der Gesellschaft die Akquise von Budgets innerhalb der Förderprogramme, die Akquise neuer Programme bzw. von Einzelvorhaben aus den EU-Strukturfonds für Neubrandenburg und der Ausbau der Tätigkeit der Gesellschaft auf neuen Geschäftsfeldern, wie z. B. der energetischen Quartiersentwicklung, der Moderration von Stadtentwicklungsprozessen, dem Projektmanagement und der Projektsteuerung sowie weiteren kommunalen Dienstleistungen, erforderlich.

1.2 Akquisition

Insgesamt ist auch zukünftig die Akquise neuer Aufgaben im Tätigkeitsgebiet zwingend erforderlich.
Die Bemühungen um neue Aufträge sind insbesondere im Bereich des Projektmanagements und der Projektsteuerung zu verstärken.
Dazu ist auch die Qualifizierung der Mitarbeiter kontinuierlich fort zu setzen.

1.3 Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte zum Stichtag 31.12.2013 4,75 Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ).

Beschäftigte nach Altersstruktur:

25 bis 34 Jahre	1
35 bis 44 Jahre	1
45 bis 54 Jahre	1,75
55 bis 65 Jahre	1

Die Gesellschafter, die BIG-STÄDTEBAU GmbH und die Stadt Neubrandenburg, stellen je einen Geschäftsführer.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist durch das Umlaufvermögen bestimmt und stellt sich per 31.12.2013 zusammengefasst wie folgt dar:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	Veränderung TEUR
Bilanzsumme	374	298	+76
Anlagevermögen	4	5	-1
Umlaufvermögen	371	293	+78
Eigenkapital	219	215	+4
Rückstellungen	120	82	+38
Andere Verbindlichkeiten	35	1	+34

Die Eigenkapitalquote betrug zum 31. Dezember 2013 58,6 % (Vorjahr 72,1 %).

2.2 Finanzlage

Die Gesellschaft hat keinerlei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Derivative Finanzinstrumente werden zurzeit nicht eingesetzt. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben und ist auch für 2014 zu erwarten.

Cash-flow

Laufende Geschäftstätigkeit	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
Jahresergebnis	94	95	-1
Abschreibungen beim Anlagevermögen	2	1	+1
Zu-/Abnahme langfristiger Rückstellungen	+5	+2	+3
Cash-flow	101	98	+3
Zu-/Abnahme kurzfristiger Rückstellungen	+33	+15	+18
Gewinn/Verlust aus Abgang AV	0	0	0
Zu-/Abnahme kurzfristiger Aktiva	+1	-9	+10
Zu-/Abnahme kurzfristiger Passiva	+34	-17	+51
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	169	87	+82
Planmäßige Tilgungen	0	0	0
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit nach Tilgungen	169	87	+82
Investitionsbereich			
Erlöse Abgang Anlagevermögen	0	0	0
Investitionen	-1	-2	+1
Cash-flow aus Investitionstätigkeit	-1	-2	+1

Finanzierungsbereich			
Gewinnausschüttung	-90	-52	-38
Kreditaufnahmen	0	0	0
Erhaltene Zuschüsse/Zulagen	0	0	0
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	-90	-52	-38
Zahlungswirksame Veränderungen Finanzmittel	78	33	+45

Finanzmittelfonds			
Zahlungswirksame Veränderung	78	33	+45
Finanzmittelbestand 01.01.	194	161	+33
Finanzmittelbestand 31.12.	272	194	+78

2.3 Ertragslage

Das abgeschlossene Geschäftsjahr erbrachte einen Jahresüberschuss von 94 TEUR (Vorjahr 95 TEUR).

Die Ertragslage stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderung TEUR
Gesamtleistung	806	786	+20
Betriebliche Aufwendungen	668	649	+19
EBITDA	138	137	+1
Abschreibungen	2	1	+1
Finanzergebnis	+1	+2	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	137	138	-1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	43	43	0
Jahresergebnis	94	95	-1

Die Umsatz- und Aufwandsstrukturen sind wesentlich durch die geschäftlichen Beziehungen zu den Gesellschaftern bestimmt.

III. Risikomanagement

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten von Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Sicherung des Unternehmenserfolges.
Daher wird derzeit unter Nutzung der Strukturen des Gesellschafters BIG-STÄDTEBAU GmbH, wie im Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt, in der Gesellschaft nach einem Projektcontrollingsystem gearbeitet, welches aufgrund der Struktur der Gesellschaft zugleich wesentliche Funktionen des Risikomanagement-Systems übernimmt. Ziel ist es, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu erkennen, zu bewerten und durch geeignete Maßnahmen zu steuern.

Die Gesellschaft hat 2011 das Zertifizierungsverfahren nach DIN EN ISO 9001 : 2008 durchlaufen und mit Datum vom 14.09.2011 (gültig bis 13.09.2014) die Anerkennung erhalten.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ergeben.

V. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterstützt die Stadt Neubrandenburg bei der Bewältigung der Aufgaben der Stadtentwicklung in den anstehenden Themenstellungen.

Die Gesellschaft ist bestmöglich für den Wettbewerb bei der Umsetzung von Stadterneuerungsaufgaben, Projektmanagement und Projektsteuerungsaufgaben in Neubrandenburg und der Region aufgestellt.

Für die zukünftigen Programmjahre sieht der Bundeshaushalt 2014 eine Erhöhung der Bundesfinanzhilfen für alle Programme der Programmfamilie der Städtebauförderung in Höhe von 700 Mio. EUR vor. Trotz der langfristigen Mittelverschiebung zugunsten der alten Bundesländer führt dies zu einem deutlich verbesserten Budget des Landes MV für diese Aufgaben als bisher zu erwarten war.

Die langfristigen Auswirkungen auf die Oberzentren im Land, als Motor der Entwicklung, sind derzeit noch nicht abzuschätzen. Die Mittelzuweisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Neubrandenburg aus dem Programmjahr 2013 liegt lt. Bescheid vom 14.06.2013 mit 510 TEUR – Programmmittel aus dem Programm: Stadtumbau Ost, Programmteil Aufwertung – deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre. Dies ist jedoch u. a. auch durch die erheblichen Zuwendungen von EFRE-Mitteln für die Lösung zentraler Aufgaben der Stadtentwicklung begründet. Die weitere Entwicklung bedarf einer genauen Beobachtung und bei eintretenden Veränderungen umgehender Reaktion der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erwartet daher für 2014 eine Verminderung der Umsatzerlöse aus der Treuhändertätigkeit auf rund 600 TEUR. Die geplanten Jahresergebnisse werden über eine kontinuierliche Anpassung der Kosten und die Erschließung neuer Aufgabenfelder erreicht. Für 2014 wird ein Jahresüberschuss von rund 38 TEUR erwartet.

Die in der Stadt Neubrandenburg zur Lösung anstehenden Aufgaben, auch über den Bereich der Stadterneuerungsmaßnahmen hinaus, lassen auf eine weiterhin gute Entwicklung der Gesellschaft schließen.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land Mecklenburg-Vorpommern die Gesellschaft über ausreichend Entwicklungspotentiale verfügt, um sich positiv zu entwickeln.

Neubrandenburg, den 29. März 2014

Christina Ebel
Geschäftsführerin

Thomas Riemer
Geschäftsführer

1. **Bilanz zum 31. Dezember 2013**
der
KEG - Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

AKTIVSEITE	2013 €	€	2012 €
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		3,00	3,00
Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.989,00	4.742,00
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		3.521,36
Forderungen gegenüber Gesellschaftern	92.280,87		84.292,91
Sonstige Vermögensgegenstände	5.716,04	97.996,91	10.814,99
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		272.529,17	194.086,07
Rechnungsabgrenzungsposten		5,99	447,97
		374.524,07	**297.908,30**
Treuhandvermögen		1.304.972,11	46.283,81

PASSIVSEITE	2013 €	€	2012 €
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		100.000,00	100.000,00
Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag	24.936,27		20.451,49
Jahresüberschuss	94.196,41	119.132,68	94.484,78
		219.132,68	214.936,27
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	48.300,00		21.500,00
Sonstige Rückstellungen	71.854,10	120.154,10	60.519,10
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.318,01		494,54
Sonstige Verbindlichkeiten	28.919,28		458,39
davon aus Steuern	(28.460,89)		(0,00)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)	35.237,29	(0,00)
Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00
		374.524,07	**297.908,30**
Treuhandverbindlichkeiten		1.304.972,11	46.283,81

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 der KEG - Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

	2013 €	€	2012 €
1. **Umsatzerlöse**			
a) aus Betreuungstätigkeit	762.407,84		736.342,88
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	40.900,92	803.308,76	43.794,22
2. Sonstige betriebliche Erträge		2.150,21	6.251,96
3. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		350.903,33	349.559,07
4. **Rohergebnis**		**454.555,64**	**436.829,99**
5. **Personalaufwand**			
a) Löhne und Gehälter	190.370,08		167.165,28
b) Soziale Abgaben	31.572,80	221.942,88	27.902,64
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.865,79	1.381,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		95.371,74	104.631,30
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.432,11	1.879,53
davon Abzinsungen von Rückstellungen		(0,00)	(681,00)
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		99,00	0,00
davon Aufzinsungen von Rückstellungen		(99,00)	(0,00)
10. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		**136.708,34**	**137.629,30**
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		42.511,93	43.144,52
12. **Jahresüberschuss**		**94.196,41**	**94.484,78**

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

45 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 4. Juli 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„An die KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Schwerin, den 4. Juli 2014

DOMUS AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin
Generalbevollmächtigter

Kobarg
Wirtschaftsprüfer

Feld
Wirtschaftsprüfer

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (Konzern)

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013

A. Grundlagen des Konzerns

Gegenstand des Konzerns gemäß Gesellschaftsvertrag der Obergesellschaft ist die Versorgung der Bevölkerung, des Handels, des Gewerbes, der Industrie, der Landwirtschaft und der öffentlichen Einrichtungen mit Energieträgern, insbesondere mit Elektroenergie, Fernwärme, Gas, Flüssiggas, Öl, Trink- und Brauchwasser, Telekommunikation sowie die damit verbundenen Contracting- und Transportleistungen, die Gewährleistung des öffentlichen Personennahverkehrs und schienengebundener Gütertransportleistungen nebst den in diesem Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Beschaffung von Fahrzeugen und mobilen Wirtschaftsgütern und Teilen hiervon, die Organisation der Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung derselben und Bereitstellung von Fahrzeugen sowie aller damit verbundenen Dienstleistungen, soweit sie dem öffentlichen Zweck dienen, die Entsorgung von Abwasser, Consultingleistungen in der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und Leistungen für deren Durchführung, das Betreiben und die Verwaltung von Krematoriumsanlagen und den damit zusammenhängenden Handlungen sowie die Betreibung und Bewirtschaftung von Schwimmbädern, die Betreibung und Bewirtschaftung von Stadtbeleuchtungsanlagen oder anderer im öffentlichen Interesse stehenden Einrichtungen und den damit verbundenen Anlagen. Darüber hinaus befasst sich der Konzern mit IT- und Telekommunikationsanlagen, PC-basierten Anwendungsstrukturen, Soft- und Hardware, Lizenzen, Hosting-, Enduser-, Security und Network-Managementservices, Consulting, Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung derselbigen sowie aller damit verbundenen Dienstleistungen, soweit sie dem öffentlichen Zweck dienen.

Von den Tätigkeiten gemäß § 6 b Energiewirtschaftsgesetz werden von neu.sw die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sowie andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors ausgeführt. Die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors umfassen in der Hauptsache die Fernwärmeversorgung, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung.

Auf Basis des zwischen der Obergesellschaft und der Stadt Neubrandenburg geschlossenen Abwasserentsorgungsvertrages ist der Konzern derzeit als sog. „beauftragter Dritter" zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe „Abwasserentsorgung" in deren Auftrag tätig. Die Gebührenhoheit obliegt dabei weiterhin der Stadt Neubrandenburg.

Zum Gegenstand des Konzerns gehört auch die Durchführung von Linienverkehren des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Sonderverkehren sowie sonstigen Personentransportleistungen, von Schienenersatzverkehr und Gütertransporten, von Fahrgastschifffahrten auf Binnengewässern sowie Serviceleistungen im Zusammenhang mit Personen- und Gütertransporten und von Werbung.

Weiterhin erfolgte im Jahr 2013 die Betriebsführung des GuD- Heizkraftwerks und des Heizwerks Nord für den Eigentümer VASA und die Betriebsführung der Kläranlage Neubrandenburg für den Eigentümer NOTAM. Außerdem erfolgte die technische und kaufmännische Betriebsführung der Tollenseufer Abwasserbeseitigungsgesellschaft mbH.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branchen, Einzelangaben zur gesamtwirtschaftlichen Situation

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 getragen von einer steigenden Konsumnachfrage weiter gewachsen und trug damit wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum bei. Nach aktuellen Erhebungen wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % (im Vorjahr: 0,7 %), für 2014 gehen die Experten des DIW derzeit von einem Wachstum des BIP um 1,8 % aus.

Nachdem die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 noch um 2,0 % angestiegen waren, führten der anhaltende Anstieg der Preise für Energieprodukte und überdurchschnittliche Preiserhöhungen bei Nahrungs- und Genussmitteln verbunden mit einem leichten Rückgang der Preise für Bekleidung und Schuhe in Deutschland zu einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber 2012 um 1,4 %.

Auf die Geschäftsentwicklung des Konzerns hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur begrenzten Einfluss. Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums schlägt sich vor allem in der Energienachfrage bei Industriekunden nieder. Der Energieverbrauch von Haushaltskunden wird in erster Linie von den Witterungsverhältnissen beeinflusst.

Die politische Diskussion in Deutschland drehte sich im Jahr 2013 - vor allem nach der Bundestagswahl - um die praktische Umsetzung der Energiewende (Einbindung von Offshore-Windparks, Übertragungsleitungsneubau, Versorgungssicherheit) und die damit verbundenen Kosten sowie eine gerechtere Verteilung der sich ergebenden Belastungen.

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 599,8 Mrd. kWh. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Stromverbräuchen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (-3,2 %), die durch den leichten Anstieg der Stromverbräuche der Haushalte (+1,0 %), im Handel und Gewerbe (+ 0,4 %), in öffentlichen Einrichtungen (+ 0,2 %) und im Verkehr (+ 0,1 %) nicht kompensiert wurden.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland lag im Jahr 2013 mit rund 633,6 Mrd. kWh um 0,6 % über dem Vorjahresniveau. Vorrangiger Energieträger für die Stromproduktion in Deutschland ist nach wie vor die

Braunkohle mit einem Anteil von 25,6 %, gefolgt von den erneuerbaren Energien (23,9 %), der Steinkohle (19,6 %), der Kernenergie (15,4 %) und Erdgas (10,5 %).

Der deutsche Fernwärmemarkt weist keinen direkten Wettbewerb von Wärmeversorgern untereinander auf, da die Wärmenetze, im Gegensatz zu den Versorgungsnetzen für Strom und Gas, nicht miteinander verbunden sind, sondern reine Insellösungen darstellen. Die Liberalisierung bzw. Regulierung, wie sie im Strom- bzw. Gasmarkt von der Europäischen Union bzw. von der Bundesregierung vorangetrieben wird, ist für den Fernwärmemarkt derzeit nicht in der Diskussion. Die Fernwärme steht allerdings in direktem Wettbewerb zu anderen Energieträgern, wie z. B. Heizöl und Erdgas, wobei zu beachten ist, dass in Neubrandenburg die Wärmeproduktion gerade von diesen beiden konkurrierenden Medien als Primärenergieträger abhängig ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wärmeversorgung in Neubrandenburg generell durch einen Rückgang der angeschlossenen Leistung und des Absatzes infolge von Modernisierungen, Einwohnerrückgängen und Wohnungsrückbauten bzw. -leerständen gekennzeichnet ist.

Für die Deckung des Erdgasbedarfs ist eine dauerhafte Versorgungssicherheit Grundvoraussetzung. Um diese zu gewährleisten, nutzt die Erdgaswirtschaft in Deutschland verschiedene Bezugsquellen, wobei der Importanteil mit rd. 90 % des Gesamtbedarfs den der heimischen Förderung (rd. 10 %) deutlich übersteigt. Rund 38 % der Importe werden in den russischen Gasfeldern gefördert, gefolgt von Lieferungen aus den Niederlanden mit 26 % und Norwegen mit 20 %.

Die deutschen Wasserversorger sind vielfach mit einer sinkenden Nachfrage bei unverändert hohen Aufwendungen für den Betrieb der Versorgungsanlagen konfrontiert. Hinzu kommt eine wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Preisgestaltung. Gerade in strukturschwachen Regionen mit demographischen Abwanderungstendenzen wird die Wasserversorgung, als elementare kommunale Daseinsvorsorge, vor neue Aufgaben gestellt. Hierbei ist zu beachten, dass in Deutschland für die Versorgung mit Wasser und dessen Qualität weltweit die höchsten Standards gelten.

Im Wasserversorgungsgebiet der Gesellschaft, welches neben der Stadt Neubrandenburg auch die umliegenden Gemeinden erfasst, entstehen weiter Eigenheimsiedlungen, was dazu führt, dass die Anschlussdichte immer geringer wird. Hinzu kommt, dass der nach wie vor ungebrochene Trend hin zum Einsatz von wassersparender Technik zu einem kontinuierlichen Absatzrückgang führt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Europäischen Union (EU) wird in Deutschland das Abwasser fast flächendeckend mit den höchsten EU-Reinigungsstandards behandelt. Längere Unterbrechungen im Bereich der Abwasserentsorgung sind in Deutschland unbekannt. Gründe dafür sind die hohen technischen Standards bei der Aufbereitung sowie auch der Verteilung und der im europäischen Vergleich gute Zustand der Netze.

Die Abwasserentsorgung ist in Deutschland ebenfalls Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Die Träger dieser Aufgaben nehmen neben der eigenen Entsorgungstätigkeit Aufgaben wahr, die dem Gewässer- und Grundwasserschutz und damit letztendlich der lebensnotwendigen Ressource Wasser insgesamt dienen. Preise, Qualität und Umweltfaktoren als ganzheitliches Leistungsspektrum unterliegen strenger staatlicher Kontrolle, wobei die hierfür entstehenden Kosten durch entsprechende Gebühreneinnahmen gedeckt werden müssen.

Kennzeichnend für die Entwicklung im Busverkehr des Jahres 2013 in Deutschland war ein leichter Anstieg der Fahrgastzahlen, wobei die Mobilität in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen dünn besiedelten Regionen das Sorgenkind bleibt. Für die Nahverkehrsunternehmen wird es hier zur Herausforderung, ein adäquates Angebot aufrecht zu erhalten. Rückläufige Einwohnerzahlen führen zu weniger Fahrgästen und damit automatisch zu höherem Zuschussbedarf je Fahrgast, da die Fixkosten konstant bleiben. Aus Kostengründen wurde das ÖPNV-Angebot deshalb bereits vielerorts ausgedünnt, was zu einem Attraktivitätsverlust für die Fahrgäste führt. Oft findet eine Bedienung abseits des Schülerverkehrs nur noch in einem überschaubaren Rahmen statt. Gerade deshalb werden für den kommunalen ÖPNV, der auf die verlässliche Mitfinanzierung des Bundes und der Länder angewiesen ist, die fehlenden Entscheidungen zur Gemeindeverkehrsfinanzierung im Koalitionsvertrag mit Sorge betrachtet.

Im Bereich der kabelgestützten Versorgung mit Fernsehen und Telekommunikationsdienstleistungen erstreckt sich der Kundenstamm des Konzerns räumlich im Wesentlichen auf das Stadtgebiet Neubrandenburg und teilweise auf angrenzende Gemeinden und besteht im Wesentlichen aus Privatkunden und -haushalten. Im Bereich der Nebenleistungen Datenverkehr bzw. Datendurchleitung / Standortvernetzung besteht der Kundenstamm ausschließlich aus Gewerbekunden. Die Versorgung innerhalb der Stadt Neubrandenburg erfolgt mittels eines eigenen Breitbandkabel- bzw. Lichtwellenleiternetzes. Die umliegenden Gemeinden werden teilweise über dieses Netz bzw. über eigene Kopfstationen versorgt. Zurzeit liegt der Marktanteil im Bereich der Kabelfernsehversorgung im Hauptabsatzgebiet „Stadt Neubrandenburg" noch bei über 90 %. Infolge der zu erwartenden Verschärfung des Wettbewerbs ist jedoch noch nicht absehbar, in welchem Umfang dieser Marktanteil gehalten werden kann.

Neue technische Möglichkeiten führen zur Bereitstellung von digitalen Radio- und Fernsehsignalen und Internetzugängen über herkömmliche Telefonleitungen des Endkunden sowie der sich verschärfende Wettbewerb im Bereich der Festnetztelefonie zu einem Wechsel der Geschäftsmodelle vom reinen Infrastrukturbetrieb zum „Komplettdienstanbieter". Die Kabelnetzbetreiber stellen sich den Herausforderungen dieses verstärkten Wettbewerbs in ihrem klassischen Marktumfeld mit neuen Angeboten zur Konvergenz von Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationsmedien.

Weitere Geschäftsbereiche des Konzerns im Jahr 2013 bestanden in der Betriebsführung des GuD-Heizkraftwerks und des Heizwerks Nord für den Eigentümer VASA und der Betriebsführung der Kläranlage

Neubrandenburg. Darüber hinaus betreibt der Konzern in Neubrandenburg das Krematorium, die Schwimmhalle und die Straßenbeleuchtung und bietet IT-Dienstleistungen und Fuhrparkleistungen an.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Zum 31. Dezember 2013 wurde eine Umstellung der Abrechnungssystematik in den Ver- und Entsorgunssparten für Kunden mit jährlicher Rechnungslegung vorgenommen. In den Vorjahren erfolgte eine „stichtagsnahe" Ablesung der Verbräuche im Zeitraum Mitte Dezember bis Anfang Januar und die Rechnungslegung auf Basis der dabei erfassten Zählerstände. Über alle Kunden ergab sich so für 2012 der 17. Dezember als mittleres Ablesedatum. Ab 2013 erfolgt nun eine Ablesung der Zählerstände, eine anschließende Hochrechnung auf den 31. Dezember und Rechnungslegung auf Basis der so ermittelten Zählerwerte. Damit sind in der Abrechnung 2013 einmalig periodenfremde Mengen und Erlöse für die Zeit zwischen der Ablesung 2012 und dem Vorjahresbilanzstichtag enthalten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die konsolidierte Entwicklung des Kundenabsatzes in den wesentlichen Sparten des Konzerns:

	ME	2013	2012	Veränderung
Stromabsatz	MWh	402.997	364.875	38.122
davon Stromversorgung	MWh	260.042	241.678	18.364
davon Stromhandel	MWh	142.955	123.197	19.758
Fernwärme	MWh	300.161	295.766	4.395
Erdgasversorgung	MWh	290.913	281.039	9.874
Trinkwasserversorgung	m³	3.458.277	3.486.968	-28.691
Schmutzwasserentsorgung	m³	2.720.741	2.706.867	13.874
Regenwasserentsorgung	m³	1.879.673	1.870.120	9.553
Kabelfernsehversorgung	Kunden-abnahme-stellen	34.126	34.150	-24
Personenbeförderungen	Anzahl in Tsd.	4.051	3.982	69
Krematonen	Anzahl	6.441	5.913	528

Der Stromabsatz lag mit 402.997 MWh um 38.122 MWh über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg resultiert aus dem Zuwachs bei der Stromversorgung von Endkunden bei einem gleichzeitigen Anstieg der im Stromhandel vermarkteten Mengen. Während in der Stromversorgung im eigenen Netzgebiet ein Rückgang der abgesetzten Mengen um 307 MWh auf 161.494 MWh zu verzeichnen war, stieg der Stromabsatz außerhalb des eigenen Netzgebietes durch Neukunden um 18.671 MWh auf 98.548 MWh. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich darüber hinaus periodenfremde Mengen von 3.924 MWh.

Der Umsatz im Stromsegment stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 12.693 (25,7 %) auf TEUR 62.006. Dies ist neben dem Mengenanstieg insbesondere auf den Anstieg der an die Kunden weiterberechneten EEG-Umlagen um TEUR 4.739 zurückzuführen. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 473. Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung und für die Privatstromprodukte wurden zum 1. Februar 2013 erhöht.

Der Fernwärmeabsatz stieg im Wesentlichen witterungsbedingt um 4.395 MWh auf 300.161 MWh. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich darüber hinaus periodenfremde Mengen von 1.215 MWh.

Die Fernwärmepreise wurden – soweit die Kunden nicht das Angebot eines Festpreises angenommen hatten - aufgrund der vertraglich vereinbarten Preisgleitklausel zum 1. Januar 2013 und zum 1. Juli 2013 angepasst. Der Fernwärmeumsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 364 (1,2 %) auf TEUR 29.821. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 120.

Bei der Erdgasversorgung ist im direkten Jahresvergleich ein Anstieg des Endkundenabsatzes um 9.874 MWh (3,5 %) zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert aus dem Zuwachs bei Kunden in Fremden Netzen. Dort konnte ein Zuwachs um 17.891 MWh auf insgesamt 68.777 MWh erzielt werden. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich zusätzliche periodenfremde Mengen von 11.249 MWh. Der Anteil der durch Dritte Anbieter versorgten Kunden im eigenen Netz stieg im Berichtsjahr auf 14,1 % (im Vorjahr: 12,7 %).

Die Umsatzerlöse aus dem Erdgasgeschäft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.418 (10,4 %) auf TEUR 15.043. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 381. Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten wurden im Berichtsjahr unverändert belassen.

Der Wasserabsatz betrug im Berichtsjahr 3.458 Tm³ (Vj. 3.487 Tm³) und liegt somit um 0,8 % unter dem Vorjahr. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich zusätzliche periodenfremde Mengen von 88 Tm³. Der Umsatz liegt mit TEUR 6.823 um 3,6 % über dem Vorjahresniveau. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 149. Die Preise wurden zum 1. Oktober 2013 angepasst.

2013 betrug das Abwasseraufkommen an Schmutzwasser 2.721 Tm³ und liegt somit um 14 Tm³ unter Vorjahresniveau. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich zusätzliche periodenfremde Mengen von 85 Tm³. Das Regenwasseraufkommen betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.880 Tm³ und liegt somit um 10 Tm³ über Vorjahresniveau. Die Erlöse der Abwasserentsorgung betrugen im Berichtsjahr TEUR 7.383 (im Vorjahr: TEUR 7.169).

Im ÖPNV ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg an beförderten Personen um 1,7 % zu verzeichnen. Trotzdem sanken die Umsatzerlöse, insbesondere aufgrund geringerer Erlöse aus dem Ticketverkauf was auf Veränderungen im Nutzungsverhalten und daraus resultierenden Verschiebungen zwischen den verschiedenen Ticketarten beruht, um 1,6 % auf TEUR 3.577.

Bei der Kabelfernsehversorgung liegen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2013, bedingt durch den Anstieg bei der Vermarktung der Multimediaprodukte, mit TEUR 6.005 um TEUR 183 über dem Wert des Vorjahres (TEUR 5.822).

Im Krematorium stieg der Absatz gegenüber dem Vorjahr um 528 Kremationen, was einem Anstieg von 8,9 % entspricht. Die Umsatzerlöse des Krematoriums stiegen um TEUR 94 auf TEUR 1.238.

3. Investitionen

Im Berichtsjahr investierte der Konzern TEUR 10.243.

Die Investitionen betreffen mit TEUR 9.699 das Sachanlagevermögen und mit TEUR 544 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und entfallen dabei auf folgende Bereiche:

	Investitionen
	TEUR
Wasser/Abwasser	3.393
IT	1.412
Strom	1.171
ÖPNV	1.029
Kabelfernsehen/Multimedia	1.007
Gas	984
Fernwärme	466
übrige Anlagen	337
Straßenbeleuchtung	316
Produktion	128
Summe	10.243

Investitionen in Finanzanlagen wurden im Berichtsjahr nicht getätigt.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte mit TEUR 302 durch Fördermittel, mit 1.872 durch empfangene Investitionszuschüsse, durch Kreditaufnahmen in Höhe von TEUR 3.035 und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit des Konzerns.

5. Personal- und Sozialbereich

Die Grundlage für Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer im Konzern (bis auf NVB und NOTAM) bilden der seit dem 1. März 2009 geltende Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie der Entgelttarifvertrag. Mit einem Änderungsvertrag zum Manteltarifvertrag wurde eine Erhöhung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten ab dem 1. Januar 2012 vereinbart. Vor dem Hintergrund der Kündigung des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2012 wurden mit den Tarifpartnern Tarifverhandlungen geführt. Diese konnten im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Im Ergebnis erhöhten sich die Entgelte ab dem 1. April 2013 um 3,7 % und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 3,0 %.

Für die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe gelten seit dem 1. April 2009 ein eigener Manteltarif- und Entgelttarifvertrag. Dieser Entgelttarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2009 gekündigt. In der Folge wurden Tarifverhandlungen geführt, so dass im Juni 2010 ein Verhandlungsergebnis erzielt werden konnte. Der entsprechende Entgelttarifvertrag wurde durch ver.di jedoch nicht unterzeichnet. Im Sinne der Beschäftigten wurde das Verhandlungsergebnis durch die NVB dennoch umgesetzt.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Beschäftigten der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

Für die Auszubildenden der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende die Grundlage. Der Manteltarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2010, der Ausbildungsvergütungstarifvertrag zum 31. August 2010 gekündigt. Im Jahr 2011 wurden Verhandlungen mit ver.di zu den beiden Tarifverträgen geführt. Am 20. Juli 2011 wurde eine Einigung zu einem neuen Entgelttarifvertrag mit Wirkung ab 1. September 2011 erzielt. Zum Manteltarifvertrag konnte bisher kein Verhandlungsergebnis erzielt werden, so dass der Manteltarifvertrag trotz Kündigung nachwirkt.

Im Jahr 2013 stieg die Mitarbeiterzahl (ohne Geschäftsführung) im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 407 auf 426. Die Zahl der Auszubildenden hat sich konzernweit auf durchschnittlich 51 erhöht. Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2012/2013 im September 2012 wurde ein Stand von 56 Auszubildenden erreicht.

(Angabe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl)	2013	2012
Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	307	290
Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH (NVB)	72	74
neu-medianet GmbH	19	18
Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH (NKG)	6	6
neu-itec GmbH	20	17
neu-mobil GmbH	2	2
NOTAM Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG	0	0
Summe	426	407

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung wird allen Mitarbeitern angeboten, sich inner- oder außerbetrieblich weiter zu qualifizieren. Zentrale Themen der Weiterbildung waren 2013 die Fortführung der Schulungen nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz, Schulungen für Mitarbeiter in kundennahen Bereichen des Konzerns sowie Schulungen zum Erhalt und zur Erweiterung der Fachkenntnisse der Mitarbeiter im Bereich der Technischen Netzbetriebe. Im Zusammenhang mit der Umstellung der PC Arbeitsplätze auf Windows 8.1 und Office 2013 erhielten 118 Mitarbeiter diesbezügliche Schulungen. Um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen bzw. weiter zu erhöhen, legten 15 Mitarbeiter die Ausbildereignungsprüfung ab. Darüber hinaus wurden in allen Bereichen umfangreiche Schulungen sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Führungskräfte durchgeführt.

Der Konzern förderte auch 2013 junge Nachwuchskräfte unter anderem durch die Finanzierung eines dualen Studienganges an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg und an der Hochschule für Logistik und Wirtschaft in Hamm. Zusätzlich wurden mehrere Arbeitnehmer in ihrer beruflichen Fortbildung oder beim Studium neben der Arbeit durch neu.sw unterstützt.

6. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Am 20. Januar 2013 kam es aufgrund von Manipulationen an Versorgungsanlagen des Konzerns zu einem mehrstündigen Ausfall der Fernwärmeversorgung für rund dreitausend Haushalte in Neubrandenburg. In Auswertung dieses Vorfalls erfolgte eine konzernweite Analyse in Bezug auf die Infrastruktursicherheit, die Personensicherheit, die Informationssicherheit und den Datenschutz, in deren Ergebnis die Implementierung eines Konzernsicherheitsmanagementsystems beschlossen wurde.

Im März 2013 hat die Konzerngeschäftsführung entschieden, das ursprünglich in der Planung für 2013 und 2014 berücksichtigte Vorhaben zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Standort John-Schehr-Straße im Jahr 2013 nicht mehr zu beginnen. Hintergrund war der seitens der Gesellschafterin der Konzernobergesellschaft erklärte Zustimmungsvorbehalt bezüglich der Umsetzung des Vorhabens der mit dem Auftrag verbunden wurde, vor Umsetzung weitere Alternativen zu prüfen, die insbesondere die Nutzung

von freien städtischen Liegenschaften beinhalten. Nachdem diese Prüfung zu keinen umsetzbaren Alternativen führte, wurde das Vorhaben in die Planung für 2014 und 2015 aufgenommen.

Gemäß dem „Vertrag über die Übernahme von einem GuD-Heizkraftwerk und einem Heizwerk in Neubrandenburg" zwischen der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) und neu.sw vom 8. Juli 1998 hat der Konzern zum 31. Dezember 2014 die Möglichkeit, die betroffenen Anlagen von VASA zu erwerben. Darüber hinaus hat VASA zum 31. Dezember 2014 das Recht, dem Konzern die Anlagen anzudienen. Am 7. November 2013 hat die Konzernobergesellschaft das Ankaufsrecht zum 31. Dezember 2014, 24:00 Uhr, ausgeübt. In diesem Zusammenhang wurden mit VASA insgesamt vier Ausführungsverträge geschlossen, die das ursprüngliche Vertragswerk ergänzen und den lastenfreien Erwerb, die risikolose Zug-um-Zug-Abwicklung und die getrennte Behandlung des Ankaufs der Immobilien und der beweglichen Gegenstände sicherstellen sollen.

In der Gesellschafterversammlung der Konzernobergesellschaft am 18. Dezember 2013 wurde der Geschäftsführung der Konzernobergesellschaft durch den gesetzlichen Vertreter der Stadt Neubrandenburg die Weisung erteilt, einer Übertragung des Anlagevermögens der Stadt Neubrandenburg an Erschließungsanlagen im Entwicklungsgebiet „Wolgaster Straße", 2. bis 4. Bauabschnitt zuzustimmen und einen diesbezüglichen Kaufvertrag mit der Stadt zu schließen. Die dazu im Vorfeld notwendigen fachlichen Abstimmungen begannen Ende Dezember 2013.

Mit Wirkung vom 10. Dezember 2012 ist dem Konzern erneut das Deutsche IT-Sicherheitszertifikat ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erteilt worden. Im Berichtsjahr wurde das anschließende 1. Überwachungsaudit am 16. Dezember 2013 positiv abgeschlossen. Damit besteht die Zertifizierung lückenlos seit dem 10. Juli 2007.

Das zweitgrößte Wohnungsunternehmen der Stadt Neubrandenburg, die Neubrandenburger Wohnungsbaugenossenschaft eG (NEUWOBA), hat im Mai 2013 eine Ausschreibung für die Errichtung und den Betrieb von Breitbandkabelanlagen gestartet, an der sich der Konzern beteiligt hat. Die endgültige Vergabeentscheidung wurde erst Anfang 2014 verkündet.

7. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse sowie Fremdkapital geprägt und stellt sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	211.946	216.747	-4.801
Anlagevermögen	175.790	178.814	-3.024
Umlaufvermögen, Abgrenzungen, Sonderverlustkonto nach § 17 Abs. 4 DMBilG	36.156	37.933	-1.777
Eigenkapital	95.268	95.153	115
Sonderposten	34.597	35.768	-1.171
Rückstellungen und passive latente Steuern	20.053	21.623	-1.570
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	41.003	44.790	-3.787
Übrige Verbindlichkeiten / Abgrenzungen	21.025	19.413	1.612

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme erhöhte sich im Berichtsjahr von 43,9 % auf 44,9 %. Bei Hinzurechnung von 70 % des Sonderpostens zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 56,4 % (Vj. 55,5 %).

Der Anteil des Fremdkapitals (Rückstellungen und passive latente Steuern, Verbindlichkeiten, Abgrenzungen) an der Bilanzsumme sank auf 38,7 % (Vj. 39,6 %).

Das Anlagevermögen ist zu 54,2 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 53,2 %). Gemessen an der Bilanzsumme beträgt der Anteil des Anlagevermögens 82,9 % (Vj. 82,5 %).

8. Finanzlage

Innerhalb des Konzerns wird im Rahmen eines Cashmanagements bzw. Cash-Poolings, in das alle Konzerngesellschafften mit Ausnahme der NOTAM einbezogen sind, die Liquiditätssicherung bzw. -bündelung durch die Konzernobergesellschaft wahrgenommen.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen (TEUR 10.243) wurden durch Investitionszuschüsse (TEUR 1.872), Fördermittel (TEUR 302), Darlehensaufnahmen (TEUR 3.035) und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3.787 resultiert aus Kreditaufnahmen (TEUR 3.035), planmäßigen Tilgungen (TEUR 6.006) zzgl. der Tilgung aus NOTAM-Darlehen (TEUR 791) und Veränderungen der Zinsabgrenzung (TEUR -25).

Im Berichtsjahr wurden zur Sicherung eines stabilen und niedrigen Zinsniveaus der langfristigen Kreditverbindlichkeiten Zinsderivate eingesetzt. Deren Bewertung wurde per 31. Dezember 2013 durch die UniCredit Bank AG, die Landesbank Baden-Württemberg bzw. die Nord/LB vorgenommen und ist im Konzernanhang ersichtlich. Hierbei handelt es sich um einen Vergleich zwischen aktuellem Marktzins (zum

Bewertungsstichtag) und dem abgeschlossenen Zinsswap (Mid Market Bewertung). Der so ermittelte Barwert wurde über die gesamte Laufzeit abdiskontiert.

Neben dem Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zur Absicherung eigener Darlehen fielen im Berichtsjahr Aufwendungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsgeschäften für Kredite der VASA an. In den Vorjahren waren zur Sicherung eines langfristig günstigen Zinsniveaus diesbezüglich Zinssicherungsgeschäfte durch neu.sw abgeschlossen worden, um die aus Zinsveränderungen resultierenden unkalkulierbaren Kostenentwicklungen beim Strom- und Fernwärmebezug von VASA zu begrenzen. Die Zinssicherung erfolgt über neu.sw, da somit bei gleichem wirtschaftlichen Effekt (Kosten trägt der Konzern) eine umfangreiche Anpassung der bestehenden Vertragswerke vermieden werden konnte.

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt gegeben, der Konzern ist allen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen.

9. Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns stellt sich für das Berichtsjahr wie folgt dar:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	176.222	162.415	13.807
betriebliche Aufwendungen	-151.657	-139.382	-12.275
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	24.565	23.033	1.532
Abschreibungen	-12.665	-11.634	-1.031
Finanzergebnis	-2.150	-2.585	435
Steuern	-3.634	-2.768	-866
Ergebnis	6.116	6.046	70
./. anderen Gesellsch. zust. Gewinn	-186	-245	59
Gesamtergebnis	6.302	6.291	11

Die Gesamtleistung des Konzerns stieg aufgrund der in fast allen Sparten gestiegenen Absätze im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 %, die betrieblichen Aufwendungen stiegen im gleichen Zeitraum mengen-, aber vor allem auch rohstoffpreisbedingt um 8,8 %.

Das Betriebsergebnis des Konzerns vor Abschreibungen und Steuern stieg gegenüber der Vorjahr um TEUR 1.532 auf TEUR 24.565.

Die Abschreibungen liegen um TEUR 1.031 über dem Vorjahreswert. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Abschreibung des derivativen Firmenwertes für das Gasnetz (TEUR 1.036).

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis mit TEUR -2.276 (Vj. TEUR – 2.646) und dem Beteiligungsergebnis mit TEUR 126 (Vj. TEUR 61) zusammen.

Der Steueraufwand enthält Ertragsteuern in Höhe von TEUR 3.465, von denen TEUR 3.535 das laufende Ergebnis und TEUR - 70 Vorjahre betreffen, und sonstige Steuern in Höhe von TEUR 169.

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis betrifft ausschließlich die außenstehenden Gesellschafter der NOTAM.

Für die Gasverteilung ergibt sich im Wesentlichen bedingt durch die Abschreibung auf den Geschäfts- und Firmenwert im Berichtsjahr ein Ergebnis von TEUR – 961. Die Stromverteilung weist ebenfalls ein negatives Ergebnis (TEUR – 415) aus, da hier nicht beeinflussbare Kosten (Aufwendungen für vermiedene Netznutzung durch dezentrale Einspeisung) ungeplant angestiegen sind.

Der Konzernjahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2013 beträgt TEUR 6.302 und liegt damit um TEUR 11 über dem Vorjahreswert.

Im Rahmen der Haushaltsplanung der Gesellschafterin Stadt Neubrandenburg wurde durch die Stadtvertretung beschlossen, im Jahr 2014 eine Gewinnausschüttung für 2013 in Höhe von TEUR 4.880 vorzunehmen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wird als geordnet und guten Grundsätzen folgend eingeschätzt.

C. Nachtragsbericht

Nach Beschlussfassung in der Stadtvertretung am 19. Dezember 2013 wurde der Wirtschaftsplan des Konzerns mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Konzernobergesellschaft vom 28. Januar 2014 unter der Maßgabe festgestellt, dass bezüglich der in der Planung enthaltenen – aber aus ihrer Sicht nicht vollumfänglich plausiblen - Personalentwicklung und der daraus resultierenden Entwicklung der Personalkosten eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitung im Aufsichtsrat zu erfolgen hat. Ziel ist es, die in der Planung berücksichtigte Personalkostenentwicklung zu dämpfen.

Am 13. Januar 2014 wurden die Tarifverhandlungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NVB abgeschlossen. Im Ergebnis wurde eine Einmalzahlung für das Jahr 2013, eine (stufenweise) Anhebung der Vergütung im Jahr 2014 um 2,5 % und eine Anhebung der Vergütung zum 1. Januar 2015 um 1,5 % vereinbart.

Der Konzern hat für den Geschäftsbereich öffentlicher Personennahverkehr ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben und über das Ergebnis im März 2014 die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat der Konzernobergesellschaft unterrichtet. Dieses Gutachten beschreibt insbesondere die weitere Abfolge zur Sicherstellung einer Direktvergabe durch den Aufgabenträger ab 2017. Im Weiteren geht das Gutachten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen ein.

Für den Bereich der kabelgestützten Versorgung mit Fernsehen und Telekommunikationsdienstleistungen wurde am 3. April 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2015 ein neuer Gestattungs- und Versorgungsvertrag mit der NEUWOBA abgeschlossen. Die daraus resultierenden vorbereitenden Maßnahmen, insbesondere im Vorfeld notwendige Erweiterungsinvestitionen sowie Veränderungen an den Prozessen zur Vertragsdurchführung werden derzeit untersucht. Die Ergebnisse werden soweit erforderlich kurzfristig umgesetzt und darüber hinaus in der anstehenden Planung für die Jahre 2015 ff. berücksichtigt.

Die fachliche Abstimmungen zum Gegenstand und Wert der Übertragung des Anlagevermögens der Stadt Neubrandenburg an Erschließungsanlagen im Entwicklungsgebiet „Wolgaster Straße", 2. bis 4. Bauabschnitt und die Erarbeitung eines entsprechenden Kaufvertrages mit der Stadt Neubrandenburg wurden begonnen, konnten bisher aber noch nicht abgeschlossen werden.

Weitere wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge seiner geschäftlichen Aktivitäten ist der Konzern einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern wird daher ein (mit Ausnahme der NOTAM) konzernweites Risikomanagement betrieben. Mögliche Risiken, die ggf. zu höheren Kosten für die Energiebeschaffung, Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Sich anbahnenden risikobehafteten Entwicklungen wird insbesondere mit operativen Maßnahmen begegnet, die im Jahresplan berücksichtigt werden. Darüber hinaus ergreift der Konzern Maßnahmen der bilanziellen Vorsorge (Wertberichtigungen oder Rückstellungen), der Berücksichtigung im Mittelfristplan und des Risikotransfers, z. B. Versicherungen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Konzernbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Konzerneinheiten und die Konzerngeschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Konzernumfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen.

Chancen betrachtet und bewertet der Konzern im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die Risiken und Chancen treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand des Konzerns gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit auch nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken im Marktumfeld bestehen insbesondere auf der Einkaufs- und Verkaufsseite von Strom, Gas und Fernwärme. Sie stellen sich als Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken dar. Die Mengenrisiken ergeben sich insbesondere aus Witterungseinflüssen, Zugewinn und Verlust von Kunden sowie technologischen Veränderungen. Diesen Risiken wird durch Berücksichtigung von möglichen Mengenschwankungen in der Planung und Prognostizierung des Bedarfs der Kunden entgegengewirkt.

Die Marktpreisänderungsrisiken sind bei Erdgas auf der Einkaufsseite durch die Ölpreisbindung eng mit der Preisentwicklung des fossilen Brennstoffs Öl verknüpft. Das Erdgas wird als Primärenergie für die Strom- und Wärmeproduktion eingesetzt. Risiken bestehen darin, dass höhere Rohstoffpreisnotierungen beim Einkauf nicht zeitnah über eine Anpassung der Endverbraucherpreise weitergegeben werden können. Hieraus ergeben sich im Fall sinkender Bezugspreise natürlich entsprechende Chancen. Weitere Risiken sieht der Konzern in der Preisentwicklung für Emissionszertifikate in der 3. Handelsperiode (2013 - 2020) im Rahmen des Emissionshandels. Vor diesem Hintergrund hat der Konzern zur Risikobegrenzung umfangreiche organisatorische Regelungen in Form eines Prozesshandbuches Einkauf/Verkauf getroffen. Die im Handbuch beschriebene gegensteuernde Portfoliostrategie geht von einer Limitierung der Risiken und einer genauen Taktung der Einkaufs- und Verkaufskonditionen aus.

Bei der Stromvermarktung ergeben sich Risiken insbesondere aus den stark gesunkenen Marktpreisen, die sich auf das Ergebnis des Konzerns auswirken. Durch Berücksichtigung in der Planung und der Vermarktungsstrategie wird diesem Risiko entgegengewirkt. Diese Marktentwicklung bringt jedoch auch Chancen mit sich, da die Kosten für die notwendige Strombeschaffung am Markt geringer als geplant ausfallen.

Marktchancen leitet der Konzern in fremden Netzen bei Strom und Gas aus der steigenden Wechselbereitschaft der Kunden ab. Bei Fernwärme

sieht er Chancen zur Kundenbindung und -gewinnung durch das steigende Umweltbewusstsein und das Angebot einer ökologisch hochwertigen, klimaschonenden Energieform im Sinne der Klimaschutzprogramme.

Im Bereich Kabelfernsehversorgung besteht ein Risiko darin, dass durch andere Dienste- und Produktanbieter Kunden abwandern können. Chancen sieht der Konzern in der höheren Qualität der ausgestrahlten digitalen Programme, einer größeren digitalen Programmvielfalt und im Multimediabereich einen breiten Raum für das Angebot neuer Produkte zur Kundenbindung und –gewinnung.

Auf der Seite der Bereitstellung von Leistungen an Endkunden ergeben sich weitere Risiken und Chancen aus dem Auslaufen bzw. der Kündigung von Verträgen zur Nutzung der Netze innerhalb versorgter Gebäude (Netzebene 4) durch Wohnungseigentümer. Allerdings enthalten die durch die Wohnungseigentümer zur Endkundenversorgung initiierten Ausschreibungsverfahren neben dem Risiko, den Zugang zur Netzebene 4 und damit die Endkunden zu verlieren, auch die Chance, neue Kunden zu gewinnen und den Tätigkeitsbereich zu erweitern.

Dem Risiko der möglichen Endkundenverluste wird durch die Verhandlung neuer Vertragsangebote mit den Eigentümern der Häuser auf der Ebene der Geschäftsführung entgegengewirkt. Darüber hinaus werden neue Entwicklungen in der Form der Kooperation mit Wohnungseigentümern und –verwaltern untersucht und der sich daraus ableitende Änderungsbedarf bezüglich des Geschäftsmodells des Konzerns analysiert.

Risiken aus veränderten Rahmenbedingungen:

Durch Umsetzung der europäischen Richtlinie zur vollständigen Öffnung des Strom- und Gasmarktes werden im Rahmen der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes die Bedingungen des Netzzugangs und die Netzentgelte reguliert. Des Weiteren ergeben sich veränderte Bedingungen im Messwesen.

Chancen leitet der Konzern als Netzbetreiber von Strom und Gas insbesondere aus Möglichkeiten ab, weitere Netze erwerben und betreiben zu können.

Als Lieferant sieht der Konzern für das gesamte Liefer- und Leistungsspektrum vor allem Chancen in der schnellen Erreichbarkeit und lokalen Verbundenheit mit den Kunden.

Der Betrauungsbeschluss der Stadt Neubrandenburg, auf dessen Basis der Konzern seit März 2008 mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung des auf Linienverkehrsgenehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz beruhenden ÖPNV für die Stadt Neubrandenburg betraut ist, hat weiterhin Bestand (Wirkung bis zum 31. Dezember 2017). Grundlage dafür bildet - nach Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes M-V - die (Rück-) Übertragung der Aufgabenträgerschaft vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte auf die Stadt Neubrandenburg mittels öffentlich rechtlichem Vertrag. Zum Ende des Jahres 2012 hat der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte diesen öffentlich rechtlichen Vertrag mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Ob ein Anschlussvertrag (gegebenenfalls mit geänderten Inhalten) abgeschlossen wird, oder ob der Landkreis zukünftig (ab 2015) die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Neubrandenburg selbst übernimmt, ist derzeit nicht absehbar. Im Zusammenhang mit der notwendigen Neubeantragung der Linienverkehrsgenehmigung (die dem Konzern erteilten Linienverkehrsgenehmigungen sind bis zum 31. Oktober 2016 befristet) ergibt sich die Notwendigkeit, die Fragen der Aufgabenträgerschaft bereits 2014 auch für die Zukunft zu klären. Dazu befindet sich die Konzerngeschäftsführung in einem intensiven Dialog mit der Stadt Neubrandenburg, die wiederum mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte an einer zukunftsfähigen Lösung arbeitet. Für den Konzern bestehen hinsichtlich der Entscheidungsfindung zwischen Landkreis und Stadt keine direkten Einflussmöglichkeiten, wenn man davon absieht, dass der Konzern durch Qualität und Leistung überzeugt, den Nachweis eines „durchschnittlich gut geführten Unternehmens" weiterhin erbringt und einen hohen Kostendeckungsgrad erzielt. Darüber hinaus bietet die derzeitige Konstellation die Möglichkeit, durch Nutzung des steuerlichen Querverbundes die Kosten des ÖPNV für den Aufgabenträger zu senken.

Technische Risiken:

In Netzen und Anlagen (einschließlich Rechentechnik, Erzeugungs-, Ver- und Entsorgungsanlagen) bestehen Risiken aus deren Zerstörung, Beschädigung bzw. Verlust, z. B. durch höhere Gewalt oder Einwirkung Dritter.

Ebenso können Betriebsstörungen die Ertragslage beeinträchtigen. Des Weiteren ergeben sich Herausforderungen für das Stromverteilernetz aus der sich im Rahmen der Energiewende ergebenden Zunahme der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Diesen Risiken begegnet der Konzern mit hohen Sicherheitsstandards sowie der Planung und Durchführung regelmäßiger Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie systematischen Schulungs-/Qualifikationsprogrammen für die Mitarbeiter und Tiefbaufirmen, um Beschädigungen von Kabeln und Leitungen vorzubeugen.

IT-Risiken:

Der Betrieb von IT-Netzen und -Lösungen erfolgt im Rechenzentrum des Konzerns. Das Rechenzentrum verfügt seit 2007 über die Zertifizierung nach ISO 27001. Risiken bei der Entwicklung bzw. Implementierung von IT-Lösungen zur Unterstützung von Geschäftsprozessen werden durch einen konzernweit gültigen Prozess für Planung, Management und Auditierung (Test-/Freigabeverfahren) gesteuert.

Dem Risiko des unberechtigten Datenzugriffs, Datenmissbrauchs bzw. Datenverlusts wird mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Grundsätzlich bestehen Ausfallrisiken über den gesamten Bestand der Kundenforderungen. Diesen Risiken wird durch ein zeitnahes, effizientes Forderungsmanagement begegnet. Bei Interessenten und Großkunden erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Bonitätsprüfung. Besondere Risiken sind in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar, jedoch beobachtet der Konzern die Entwicklungen und aktualisiert bestehende Richtlinien.

Die Refinanzierung fälliger Verbindlichkeiten von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften erfolgt in der Regel durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH als Obergesellschaft. Hier besteht das theoretische Risiko, dass Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die finanziellen Verpflichtungen fristgerecht zu decken. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens zur Verfügung. Außerdem liegen zur kurzfristigen Absicherung entsprechende Kontokorrentkreditzusagen verschiedener Kreditinstitute vor. Durch das Pooling der

liquiden Mittel ergibt sich die Chance, dass der Zinsaufwand aller beteiligten Gesellschaften minimiert werden kann, da ggf. externe Fremdfinanzierungen nicht erforderlich sind.

Die Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen von Verträgen auf der Grundlage kurz- und mittelfristiger Finanzplanungen im Rahmen des konzernweiten Cash-Poolings.

2. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Das Jahr 2014 wird nach Einschätzung der Geschäftsführung weiterhin von einer Fortsetzung des intensiven Wettbewerbs auf den Energiemärkten geprägt sein. Dabei werden die Preise für Energie - insbesondere aufgrund der absehbaren Kostensteigerungen durch die Energiewende – noch stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion gelangen und die Wechselbereitschaft der Kunden eher zunehmen. Mit seiner synergetischen Marktstrategie als Multi-Utility-Anbieter und ihrer differenzierten segmentspezifischen Marktbearbeitung ist der Konzern für diese Herausforderung jedoch gewappnet.

Vor dem Hintergrund weiterhin knapper Erdöl- bzw. Erdgasressourcen ist davon auszugehen, dass die Energiepreise mittel- bis langfristig weiter steigen werden. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass der steigende Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien zumindest temporär zu Überangeboten an Strom führt. Aus diesem Grund sind beschaffungsseitig zukünftige starke Preisausschläge nicht auszuschließen, vor allem, da sich nicht nur politische Entscheidungen direkt und/oder indirekt auf die Brennstoff-, CO_2- und Energiemärkte auswirken, sondern bereits die Diskussion solcher Entscheidungen zu starken Reaktionen an den Märkten führen.

Von daher werden – trotz der von neu.sw verfolgten absatzorientierten Beschaffungspolitik - auch zukünftig weitere Preisanpassungen auf der Absatzseite unumgänglich sein. Hierbei ist jeweils medienspezifisch, unter Berücksichtigung der jeweiligen Kostensituation und der Marktpreisentwicklung, vorzugehen.

Die Absatzmengen in der Strom- und Gasversorgung werden im eigenen Netzgebiet vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Wettbewerbssituation stagnierend bis leicht rückläufig erwartet. Eine Kompensation der daraus folgenden Absatzverluste ist dabei durch Zugewinne in fremden Netzen vorgesehen.

Im Bereich der Fernwärmeversorgung ist grundsätzlich mit weiter fallenden Absatzmengen zu rechnen, da die demografische Entwicklung sowie auch die städtebaulichen Ansätze das Kundenportfolio weiter einschränken. Aufgrund der Flexibilisierung der Abgabepreise und der stärkeren Berücksichtigung der Energiepreisentwicklungen soll dieser Minderabsatz jedoch durch die Gewinnung von Neukunden kompensiert

werden. Darüber hinaus ist zukünftig vor allem aufgrund klimatischer Veränderungen mit potentiell höheren witterungsbedingten Schwankungen der Absatzmenge zu rechnen.

In der Stromverteilung erwartet der Konzern für die Zukunft positive Ergebnisse, insbesondere, da die im Berichtsjahr angefallenen höheren Aufwendungen für vermiedene Netznutzung durch dezentrale Einspeisung dem Regulierungskonto gutgeschrieben werden und damit die durch die Bundesnetzagentur festgelegte Erlösobergrenze erhöht wird. In der Gasverteilung ist aus heutiger Sicht für den Zeitraum 2014 – 2017 (zweite Regulierungsperiode) aufgrund der vorliegenden Festlegung der Bundesnetzagentur zur Erlösobergrenze ein Kostendeckender Betrieb nicht möglich. Aus Sicht des Konzens ist die Erlösobergrenze durch die Bundesnetzagentur nicht sachgerecht und zu gering festgelegt worden. Daher geht neu.sw gerichtlich gegen die Festlegung vor. Spätestens ab 2018 (dritte Regulierungsperiode) erwartet der Konzern die Festlegung einer angemessenen Erlösobergrenze, die einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb des Gasnetzes ermöglicht.

Der Konzern bereitet derzeit die Neubeantragung der Linienverkehrskonzessionen ab dem 1. November 2016 vor. Vorgesehen ist, das Antragsverfahren im August 2014 zu starten. Dem voraus gehen muss jedoch die Klärung der Aufgabenträgerschaft für den Stadtverkehr in Neubrandenburg zwischen dem Landkreis MSE und der Stadt Neubrandenburg, so dass der dann zuständige Aufgabenträger alle zeitlichen und rechtlichen Vorgaben des PBefG sowie der EU-VO 1370 einhalten kann.

Unveränderte Zielstellung des Konzerns ist der Erhalt der derzeit bestehenden lokalen Marktdominanz im Bereich der Kabelfernsehversorgung. Neben der Ausrichtung auf den Haushaltskundenbereich sind die Aktivitäten bezogen auf Angebote für Gewerbekunden zu intensivieren. Insofern sind die Kunden- und Verkaufsaktivitäten ständig zu optimieren und bedarfsgerecht zu gestalten.

Die Investitionstätigkeit 2014 wird durch den Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes und des Heizwerk Nord von der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) zum 31. Dezember 2104 dominiert. Die entsprechenden vorbereitenden Vertragsverhandlungen wurden 2013 abgeschlossen, 2014 stehen nun die Klärung von Finanzierungs- und Versicherungsfragen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Weiterhin werden ab 2014 Investitionen in Vorbereitung auf den ab 2015 neuen Gestattungs- und Versorgungsvertrag mit der NEUWOBA erfolgen. Insgesamt werden in diesem Zusammenhang in den Jahren 2014 bis 2016 Investitionen in einen technologischen Umbau und die Erneuerung der Multimedia-Netze des Konzerns von mehr als 3 Mio. EUR erforderlich.

Darüber hinaus wird das Investitionsgeschehen 2014 und in den Folgejahren durch Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden, geprägt sein. Weiterhin führt der notwendige Netzausbau auf Grund des Anschlusses dezentraler Einspeisungen im Be-

reich der Stromverteilung zu steigenden Investitionen. Hinzu kommen Umverlegungsmaßnahmen im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit noch nicht abschließend beziffert werden können.

Auch zukünftig werden Investitionen in technische Anlagen, die zur kontinuierlichen Netz- und Versorgungssicherheit beitragen, entsprechend ihrer Notwendigkeit erfolgen. Bei der Beschaffung neuer Busse wird das Ziel verfolgt, die gesamte Busflotte des Konzerns standardisiert und typenrein zu halten, was, gerade hinsichtlich der Instandhaltungsaufwendungen, zu deutlichen Entlastungen führt. Mittelfristig absehbare größere Investitionsvorhaben sind der Erwerb der Kläranlage (TEUR 10.056) und der Austausch der zweiten Kernturbine im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk TEUR 7.753), die für das Jahr 2017 vorgesehen sind.

Die Finanzierung dieser Investitionen sowie des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, werden diese durch entsprechende Fremdfinanzierungen sicherzustellen sein.

Zur Sicherung einer stabilen Ertragslage, gerade vor dem Hintergrund der sich weiterhin verändernden Rahmenbedingungen, ist es unbedingt erforderlich, an dem strengen Kostenmanagement der letzten Jahre festzuhalten. Auch ist die Produktivität sowie hieraus resultierend die Effizienz der einzelnen Leistungsbereiche in der Gesamtwertschöpfung permanent kritisch im Zuge des Controllings zu beobachten und Abweichungen sind dezidiert aufzuzeigen.

Auch im Bereich des ÖPNV ist weiterhin ein intensives Kostenmanagement notwendig, um die zu erwartenden Erlösreduzierungen zu kompensieren, da aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte weiterhin nicht von einer Entspannung der Erlössituation auszugehen und mit sinkenden Zuschüssen zu rechnen ist. Ebenso werden Tarifanpassungen und regelmäßige Aktualisierungen des Ticketsystems unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung unumgänglich sein. Darüber hinaus ist weiterhin ein strenges leistungsorientiertes Kostenmanagement erforderlich, um auch mittelfristig dem Kostenmaßstab eines „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens" gerecht zu werden und somit die Voraussetzung für die Direktvergabe von Linienverkehren durch den zuständigen Aufgabenträger an den Konzern zu erfüllen.

Eine messbare Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen liefert neben der Aufwandsquote auch die Entwicklung der einzelnen Kostenarten, wie z. B. Personalaufwand bzw. der sonstige betriebliche Aufwand im Hinblick auf die Werte der Wirtschaftsplanung bzw. gegenüber den Vorjahreswerten. Darüber hinaus erfolgt eine permanente Beobachtung der Mengenentwicklungen für die einzelnen Medien bzw. Sparten.

Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge pro Medium, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT). Als nicht-finanzielle Leistungskennziffern werden Absatzmengen sowie Kunden- und Fahrgastzahlen beobachtet.

Die Stadt Neubrandenburg als Gesellschafterin der Konzernobergesellschaft erwartet im Jahr 2014 eine Gewinnausschüttung in Höhe von TEUR 4.880 und im Jahr 2015 eine Gewinnausschüttungen in Höhe von TEUR 3.760. In der bisherigen Planung waren für 2014 TEUR 4.630 und für 2015 TEUR 3.460 als Ausschüttung vorgesehen. Aus heutiger Sicht wird eingeschätzt, dass sowohl 2014 als auch 2015 mit deutlich positiven Konzernergebnissen (Plan 2014: TEUR 2.468; Mittelfristplan 2015: TEUR 4.846) abgeschlossen werden können, so dass die von der Gesellschafterin geforderte Gewinnausschüttung realisierbar ist. Allerdings sind im Rahmen der Planung Anpassungen dahingehend vorzunehmen, dass die dafür benötigte zusätzliche Liquidität auch entsprechend bereitsteht, gegebenenfalls durch zusätzliche Fremdkapitalaufnahmen. Die aus dem Neuabschluss des Gestattungs- und Versorgungsvertrages mit der NEUWOBA im Bereich der kabelgestützten Versorgung mit Fernsehen und Telekommunikationsdienstleistungen erwarteten Ertragseinbußen ab 2015 von ca. 500 TEUR sollen mittelfristig durch eine veränderte Produktgestaltung, durch verstärkte Akquisebemühungen im Multimedia-Bereich sowie durch Prozess- und Kostenoptimierungen kompensiert werden.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 30. April 2014

Holger Hanson
Geschäftsführer

Ingo Meyer
Geschäftsführer

Anlage II

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.376.310,52		1.766.557,90	
2. Geschäftswert	1.728.276,00		3.109.282,00	
3. Geleistete Anzahlungen	402.467,13	3.507.053,65	48.246,77	4.924.086,67
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.995.741,61		17.653.258,03	
2. Technische Anlagen und Maschinen	138.470.993,05		139.858.077,21	
3. Fuhrpark für den Personennahverkehr	4.646.885,00		4.631.534,00	
4. Fahrzeuge und mobile technische Anlagen	8.454,00		14.957,00	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.839.855,75		2.254.759,64	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.017.383,76	163.979.313,17	1.125.554,88	165.538.140,76
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen	969.030,09		896.381,35	
2. Beteiligungen	159.492,00		280.361,81	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	7.175.421,56	8.303.943,65	7.175.421,56	8.352.164,72
		175.790.310,47		178.814.392,15
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Emissionsberechtigungen	1.459.734,32		2.034.008,33	
2. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	569.215,13		670.237,22	
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	2.002,00	2.030.951,45	2.002,00	2.706.247,55
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.701.347,98		16.120.820,09	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		240.022,46	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.509.054,06	22.210.402,04	4.539.424,90	20.900.267,45
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		11.692.656,46		14.193.540,22
		35.934.009,95		37.800.055,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten		219.245,17		129.431,14
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		2.546,65		2.783,45
		211.946.112,24		216.746.661,96

Anlage II

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		35.790.500,00		35.790.500,00
II. Kapitalrücklage		41.028.562,04		41.028.562,04
III. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		-4.053.596,61		-3.867.168,85
IV. Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital				
1. Gewinnrücklage	23.760.245,05		23.760.245,05	
2. Ergebnisvortrag	-7.559.549,91		-7.850.478,90	
3. Konzernjahresüberschuss	6.302.098,56	22.502.793,70	6.290.928,99	22.200.695,14
		95.268.259,13		95.152.588,33
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		33.955.745,96		34.857.893,21
C. Sonderposten für unentgeltlich zugeteilte Emissionsberechtigungen		641.488,76		910.089,34
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.724.240,85		2.696.049,45	
2. Steuerrückstellungen	2.498.674,07		4.966.863,46	
3. Sonstige Rückstellungen	10.597.863,28	15.820.778,20	9.417.307,33	17.080.220,24
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.003.495,75		44.790.064,10	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.902.711,01		7.753.058,14	
3. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	101.744,05		0,00	
4. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 4.242 (i. Vj. TEUR 3.338)--	11.429.054,97	61.437.005,78	10.953.350,17	63.496.472,41
F. Rechnungsabgrenzungsposten		590.687,40		706.034,01
G. Passive latente Steuern		4.232.147,01		4.543.364,42
		211.946.112,24		216.746.661,96

Anlage II

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzerngewinn- und -verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013		2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	181.634.897,90		165.577.866,94	
abzüglich Strom- und Energiesteuer	11.857.633,68	169.777.264,22	11.484.890,51	154.092.976,43
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		588.480,36		625.587,53
3. Sonstige betriebliche Erträge		5.857.300,04		7.696.786,91
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	115.363.402,63		103.602.710,23	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.902.166,28		8.012.314,98	
c) Abwasserabgabe	29.352,68	122.294.921,59	26.253,81	111.641.279,02
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	17.577.922,62		16.362.797,00	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
--davon für Altersversorgung TEUR 179 (i. Vj. TEUR 242)--	3.346.575,59	20.924.498,21	3.347.474,57	19.710.271,57
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		12.664.774,67		11.634.040,87
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		8.438.471,95		8.030.829,83
8. Erträge aus der Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen		72.648,74		61.136,65
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		174.251,33		0,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
--davon aus der Abzinsung TEUR 16 (i. Vj. TEUR 18)--		394.851,65		539.627,85
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapieren des Umlaufvermögens		120.869,81		0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
--davon aus der Aufzinsung TEUR 244 (i. Vj. TEUR 275)--		2.671.232,76		3.185.821,00
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.750.027,35		8.813.873,08
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
--davon latenter Steuerertrag TEUR 293 (i. Vj. TEUR 429)--				
--davon latenter Steueraufwand TEUR 18 (i. Vj. TEUR 6)--		3.465.066,15		2.614.190,53
15. Sonstige Steuern		169.290,40		153.995,59
16. Jahresüberschuss		6.115.670,80		6.045.686,96
17. Anderen Gesellschaftern zustehender Verlust		186.427,76		245.242,03
18. Konzernjahresüberschuss		6.302.098,56		6.290.928,99

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

11. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 12. Juni 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von den Neubrandenburger Stadtwerken GmbH, Neubrandenburg, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (Obergesellschaft)

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

A. Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens gemäß Gesellschaftsvertrag ist die Versorgung der Bevölkerung, des Handels, des Gewerbes, der Industrie, der Landwirtschaft und der öffentlichen Einrichtungen mit Energieträgern, insbesondere mit Elektroenergie, Fernwärme, Gas, Flüssiggas, Öl, Trink- und Brauchwasser, Telekommunikation sowie die damit verbundenen Contracting- und Transportleistungen, die Gewährleistung des öffentlichen Personennahverkehrs und schienengebundener Gütertransportleistungen nebst den in diesem Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Beschaffung von Fahrzeugen und mobilen Wirtschaftsgütern und Teilen hiervor, die Organisation der Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung derselben und Bereitstellung von Fahrzeugen sowie aller damit verbundenen Dienstleistungen, soweit sie dem öffentlichen Zweck dienen, die Entsorgung von Abwasser, Consultingleistungen in der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und Leistungen für deren Durchführung, das Betreiben und die Verwaltung von Krematoriumsanlagen und den damit zusammenhängenden Handlungen sowie die Betreibung und Bewirtschaftung von Schwimmbädern, die Betreibung und Bewirtschaftung von Stadtbeleuchtungsanlagen oder anderer im öffentlichen Interesse stehenden Einrichtungen und den damit verbundenen Anlagen. Darüber hinaus befasst sich die Gesellschaft mit IT- und Telekommunikationsanlagen, PC-basierten Anwendungsstrukturen, Soft- und Hardware, Lizenzen, Hosting-, Enduser-, Security und Network-Managementservices, Consulting, Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung derselbigen sowie aller damit verbundenen Dienstleistungen, soweit sie dem öffentlichen Zweck dienen.

Von den Tätigkeiten gemäß § 6 b Energiewirtschaftsgesetz werden von neu.sw die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sowie andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors ausgeführt. Die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors umfassen in der Hauptsache die Fernwärmeversorgung, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung.

Auf Basis des zwischen neu.sw und der Stadt Neubrandenburg geschlossenen Abwasserentsorgungsvertrages ist die Gesellschaft derzeit als sog. „beauftragter Dritter" zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe „Abwasserentsorgung" in deren Auftrag tätig. Die Gebührenhoheit obliegt dabei weiterhin der Stadt Neubrandenburg.

Weiterhin erfolgte im Jahr 2013 die Betriebsführung des GuD- Heizkraftwerks und des Heizwerks Nord für den Eigentümer VASA und der Betriebsführung der Kläranlage Neubrandenburg für den Eigentümer NOTAM. Außerdem erfolgte die technische und kaufmännische Betriebsführung der Tollenseufer Abwasserbeseitigungsgesellschaft mbH.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branchen, Einzelangaben zur gesamtwirtschaftlichen Situation

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 getragen von einer steigenden Konsumnachfrage weiter gewachsen und trug damit wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum bei. Nach aktuellen Erhebungen wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % (im Vorjahr: 0,7 %), für 2014 gehen die Experten des DIW derzeit von einem Wachstum des BIP um 1,8 % aus.

Nachdem die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 noch um 2,0 % angestiegen waren, führten der anhaltende Anstieg der Preise für Energieprodukte und überdurchschnittliche Preiserhöhungen bei Nahrungs- und Genussmitteln verbunden mit einem leichten Rückgang der Preise für Bekleidung und Schuhe in Deutschland zu einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber 2012 um 1,4 %.

Auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur begrenzten Einfluss. Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums schlägt sich vor allem in der Energienachfrage bei Industriekunden nieder. Der Energieverbrauch von Haushaltskunden wird in erster Linie von den Witterungsverhältnissen beeinflusst.

Die politische Diskussion in Deutschland drehte sich im Jahr 2013 - vor allem nach der Bundestagswahl - um die praktische Umsetzung der Energiewende (Einbindung von Offshore-Windparks, Übertragungsleitungsneubau, Versorgungssicherheit) und die damit verbundenen Kosten sowie eine gerechtere Verteilung der sich ergebenden Belastungen.

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 599,8 Mrd. kWh. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Stromverbräuchen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (-3,2 %), die durch den leichten Anstieg der Stromverbräuche der Haushalte (+1,0 %), im Handel und Gewerbe (+ 0,4 %), in öffentlichen Einrichtungen (+ 0,2 %) und im Verkehr (+ 0,1 %) nicht kompensiert wurden.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland lag im Jahr 2013 mit rund 633,6 Mrd. kWh um 0,6 % über dem Vorjahresniveau. Vorrangiger Energieträger für die Stromproduktion in Deutschland ist nach wie vor die Braunkohle mit einem Anteil von 25,6 %, gefolgt von den erneuerbaren Energien (23,9 %), der Steinkohle (19,6 %), der Kernenergie (15,4 %) und Erdgas (10,5 %).

Der deutsche Fernwärmemarkt weist keinen direkten Wettbewerb von Wärmeversorgern untereinander auf, da die Wärmenetze, im Gegensatz zu den Versorgungsnetzen für Strom und Gas, nicht miteinander verbunden sind, sondern reine Insellösungen darstellen. Die Liberalisierung bzw. Regulierung, wie sie im Strom- bzw. Gasmarkt von der Europäischen Union bzw. von der Bundesregierung vorangetrieben wird,

ist für den Fernwärmemarkt derzeit nicht in der Diskussion. Die Fernwärme steht allerdings in direktem Wettbewerb zu anderen Energieträgern, wie z. B. Heizöl und Erdgas, wobei zu beachten ist, dass in Neubrandenburg die Wärmeproduktion gerade von diesen beiden konkurrierenden Medien als Primärenergieträger abhängig ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wärmeversorgung in Neubrandenburg generell durch einen Rückgang der angeschlossenen Leistung und des Absatzes infolge von Modernisierungen, Einwohnerrückgängen und Wohnungsrückbauten bzw. -leerständen gekennzeichnet ist.

Für die Deckung des Erdgasbedarfs ist eine dauerhafte Versorgungssicherheit Grundvoraussetzung. Um diese zu gewährleisten, nutzt die Erdgaswirtschaft in Deutschland verschiedene Bezugsquellen, wobei der Importanteil mit rd. 90 % des Gesamtbedarfs den der heimischen Förderung (rd. 10 %) deutlich übersteigt. Rund 38 % der Importe werden in den russischen Gasfeldern gefördert, gefolgt von Lieferungen aus den Niederlanden mit 26 % und Norwegen mit 20 %.

Die Bezugssituation für den Primärenergieträger Gas konnte neu.sw im Berichtsjahr mit seiner aktiven, insbesondere auf den Stromabsatz ausgerichteten Beschaffungspolitik, positiv gestalten. So sanken die Bezugskosten für das im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk (GuD) in Neubrandenburg eingesetzte Kraftwerksgas bei einem Rückgang der Bezugsmenge um 2,3 % im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % auf rd. 27,3 Mio. EUR.

Die deutschen Wasserversorger sind vielfach mit einer sinkenden Nachfrage bei unverändert hohen Aufwendungen für den Betrieb der Versorgungsanlagen konfrontiert. Hinzu kommt eine wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Preisgestaltung. Gerade in strukturschwachen Regionen mit demographischen Abwanderungstendenzen wird die Wasserversorgung, als elementare kommunale Daseinsvorsorge, vor neue Aufgaben gestellt. Hierbei ist zu beachten, dass in Deutschland für die Versorgung mit Wasser und dessen Qualität weltweit die höchsten Standards gelten.

Im Wasserversorgungsgebiet der Gesellschaft, welches neben der Stadt Neubrandenburg auch die umliegenden Gemeinden erfasst, entstehen weiter Eigenheimsiedlungen, was dazu führt, dass die Anschlussdichte immer geringer wird. Hinzu kommt, dass der nach wie vor ungebrochene Trend hin zum Einsatz von wassersparender Technik zu einem kontinuierlichen Absatzrückgang führt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Europäischen Union (EU) wird in Deutschland das Abwasser fast flächendeckend mit den höchsten EU-Reinigungsstandards behandelt. Längere Unterbrechungen im Bereich der Abwasserentsorgung sind in Deutschland unbekannt. Gründe dafür sind die hohen technischen Standards bei der Aufbereitung sowie auch der Verteilung und der im europäischen Vergleich gute Zustand der Netze.

Die Abwasserentsorgung ist in Deutschland ebenfalls Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Die Träger dieser Aufgaben nehmen neben der eigenen Entsorgungstätigkeit Aufgaben wahr, die dem Gewässer- und Grundwasserschutz und damit letztendlich der lebensnotwendigen Ressource Wasser insgesamt dienen. Preise, Qualität und Umweltfaktoren als ganzheitliches Leistungsspektrum unterliegen strenger staatlicher Kontrolle, wobei die hierfür entstehenden Kosten durch entsprechende Gebühreneinnahmen gedeckt werden müssen.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Zum 31. Dezember 2013 wurde eine Umstellung der Abrechnungssystematik für Kunden mit jährlicher Rechnungslegung vorgenommen. In den Vorjahren erfolgte eine „stichtagsnahe" Ablesung der Verbräuche im Zeitraum Mitte Dezember bis Anfang Januar und die Rechnungslegung auf Basis der dabei erfassten Zählerstände. Über alle Kunden ergab sich so für 2012 der 17. Dezember als mittleres Ablesedatum. Ab 2013 erfolgt nun eine Ablesung der Zählerstände, eine anschließende Hochrechnung auf den 31. Dezember und Rechnungslegung auf Basis der so ermittelten Zählerwerte. Damit sind in der Abrechnung 2013 einmalig periodenfremde Mengen und Erlöse für die Zeit zwischen der Ablesung 2012 und dem Vorjahresbilanzstichtag enthalten.

In der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung, die im Wesentlichen den Betrieb des Stromnetzes von neu.sw umfasst, wurden im Berichtsjahr insgesamt 230.190 MWh (Vj. 237.232 MWh) und damit 7.042 MWh weniger Strom abgesetzt. Dabei sank erstmals seit Jahren der Anteil von fremdversorgten Kunden (bezogen auf die abgesetzte Strommenge) im Netzgebiet der neu.sw von 26,4 % (62.296 MWh) auf 24,1 % (55.520 MWh) im Berichtsjahr. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 4.121 MWh.

Die Netznutzungsentgelte im Stromnetzgebiet der Gesellschaft wurden zum 1. Januar 2013 auf Basis der durch die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 16. März 2009 festgelegten Erlösobergrenze für das Jahr 2013 und unter Berücksichtigung der Regelungen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) angepasst.

In der Tätigkeit Gasverteilung, die den Betrieb des Gasnetzes von neu.sw beinhaltet, sank der Absatz im Berichtsjahr um 8.145 MWh auf 279.789 MWh (Vj. 286.104 MWh). Der Anteil der durch dritte Lieferanten versorgten Kunden nahm um 3.076 MWh im Berichtsjahr auf 39.419 MWh (Vj. 36.343 MWh) zu. Bezogen auf den Gesamtabsatz im Gasnetz erhöhte sich der Anteil der fremdversorgten Kunden damit auf 14,1 % (Vj. 12,7 %). Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 12.206 MWh.

Die Netznutzungsentgelte im Gasnetzgebiet der Gesellschaft wurden zum 1. Januar 2013 auf Basis der durch die Bundesnetzagentur im Rahmen der Bestimmung der Erlösobergrenze für die 2. Regulierungsperiode angehörten und vorläufig bestimmten Erlösobergrenze für das Jahr 2013 und unter Berücksichtigung der Fortschreibung auf Basis der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) angepasst.

Als Stromhändler, dessen Tätigkeit zu den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors zählt, sieht sich neu.sw noch stärker als in der Vergangenheit mit einem zunehmenden Wettbewerb durch überregionale Stromanbieter und einer deutlich gestiegenen Wechselbereitschaft der Kunden konfrontiert. Insbesondere energieintensive Industrie- und Gewerbekunden sind heute aufgrund hoher Stromkosten schneller bereit, den Versorger auch bei geringen relativen Preisdifferenzen zu wechseln, wenn sie dadurch ihre Kostensituation merklich verbessern können. Auch Haushaltskunden sind zunehmend sensibilisiert und entsprechend ebenfalls bereit, den Versorger zu wechseln. Allerdings zeigt sich, dass hier neben dem Preis auch Faktoren, wie Zuverlässigkeit, Servicequalität und Image, die Entscheidung zum Wechsel beeinflussen.

Der zunehmende Wettbewerb durch andere Stromanbieter wirkt sich auch im Netzgebiet von neu.sw aus, wobei neu.sw durch seine Nähe zu den lokalen Kunden grundsätzlich Vorteile genießt. Andererseits gelingt es neu.sw auch, Kunden in fremden Netzgebieten zu gewinnen, wobei diese dann allerdings nicht eine so hohe Bindung an neu.sw haben.

Insgesamt betrug die Stromabgabe an Endkunden (incl. Eigenverbrauch) und andere Händler 415.579 MWh (Vj. 377.204 MWh) und teilt sich in die folgenden Absatzgruppen auf:

	2013	2012	Veränderung
	MWh	MWh	MWh
Kunden im eigenen Netzgebiet	161.494	161.801	-307
Kunden in fremden Netzgebieten	98.548	79.877	18.671
Endkundenabsatz	260.042	241.678	18.364
Verbundunternehmen	1.462	1.355	107
Betriebsverbrauch	11.120	10.974	146
Externer Großhandel (Überschussstrom)	142.955	123.197	19.758
	415.579	377.204	38.375

Im Berichtsjahr stieg der Absatz an Endkunden durch einen deutlichen Absatzzuwachs in fremden Netzen. Insgesamt konnte so der Vorjahresabsatz um 18.364 MWh übertroffen werden. Die Menge an zu vermarktendem Überschussstrom stieg insbesondere aufgrund der wärmegeführten Fahrweise des GuD-Heizkraftwerkes um 19.758 MWh. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 3.924 MWh.

Der Umsatz im Stromsegment stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 12.730 (25,7 %) auf TEUR 62.183. Dies ist neben dem Mengenanstieg insbesondere auf den Anstieg der an die Kunden weiterberechneten EEG-Umlagen um TEUR 4.739 zurückzuführen. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 473.

Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung und für die Privatstromprodukte wurden zum 1. Februar 2013 erhöht.

Zu den anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zählt der Gashandel. Hier entwickelte sich der Erdgasabsatz bzw. der Betriebsverbrauch im Berichtsjahr wie folgt:

	2013	2012	Veränderung
	MWh	MWh	MWh
Endkundenabsatz	290.913	281.039	9.874
Verbundunternehmen	551	665	-114
Betriebsverbrauch	18.639	18.942	-303
	310.103	300.646	9.457
davon in fremden Netzen	68.777	50.886	17.891

Insgesamt ist im direkten Jahresvergleich ein deutlicher Anstieg des Endkundenabsatzes um 9.874 MWh (3,5 %) zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert aus dem Zuwachs bei Kunden in Fremden Netzen. Dort konnte ein Zuwachs um 17.891 MWh auf insgesamt 68.777 MWh erzielt werden. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 11.249 MWh.

Die Umsatzerlöse aus dem Erdgasgeschäft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.412 (10,3 %) auf TEUR 15.082. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 381.

Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten blieben im Berichtsjahr unverändert.

Die Fernwärmeversorgung weist für 2013 unter Berücksichtigung des Betriebsverbrauches und der Lieferung an Verbundunternehmen eine nutzbare Abgabe von 310.156 MWh (Vj. 310.816 MWh) aus. Dabei stieg die Abgabe an Kunden und Verbundunternehmen von 296.659 MWh im Vorjahr auf 301.058 MWh. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 1.215 MWh.

Die Fernwärmepreise wurden – soweit die Kunden nicht das Angebot eines Festpreises angenommen hatten - aufgrund der vertraglich vereinbarten Preisgleitklausel zum 1. Januar 2013 und zum 1. Juli 2013 angepasst. Der Fernwärmeumsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 368 (1,2 %) auf TEUR 29.905. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 120.

Im Wasserversorgungsgebiet betrug in 2013 die nutzbare Abgabe 3.620 Tm³ (Vj. 3.670 Tm³) und liegt somit um rund 1,4 % unter dem Vorjahr. Aus der Umstellung der Abrechnung ergeben sich periodenfremde Mengen von 88 Tm³. Der Umsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 239 auf TEUR 6.827. Die Preise wurden zum 1. Oktober 2013 angepasst. In diesem Zusammenhang erfolgte die Vereinheitlichung der Preise für alle Gemeinden im Versorgungsgebiet der neu.sw. Aus der Umstellung der Abrechnung resultieren periodenfremde Erlöse von TEUR 149.

Das Abwasseraufkommen an Schmutzwasser im Jahr 2013 betrug in der Stadt Neubrandenburg 2.757 Tm³ und liegt damit um 12 Tm³ über Vorjahresniveau. Die entsorgte Menge Niederschlagswasser stieg leicht an und lag mit 1.899 Tm³ um 10 Tm³ über dem Vorjahreswert. Die Erlöse der Abwasserentsorgung betrugen

ohne Berücksichtigung der Betriebsführungserlöse für die NOTAM Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG im Berichtsjahr 7.392 TEUR.

Im Rahmen des zwischen neu.sw und der Stadt Neubrandenburg bestehenden Entsorgungsvertrages Abwasser führt neu.sw die Abwasserbeseitigung und das Abwassergebühreninkasso für die Stadt Neubrandenburg durch. Die im Rahmen des Gebühreninkasso vereinnahmten Beträge werden vertragskonform auf das Abwasserentsorgungsentgelt, welches neu.sw für ihre Leistungen erhält, angerechnet. Die Gebührensätze der Stadt Neubrandenburg betrugen im Jahr 2013 für die Schmutzwasserentsorgung 2,35 EUR/m³ (Vj. 2,50 €/m³) und für die Niederschlagswasserentsorgung 0,90 EUR/m³ (Vj. 1,00 EUR/m³).

3. Investitionen

Im Berichtsjahr investierte die Gesellschaft TEUR 130 in immaterielle Vermögensgegenstände, TEUR 6.627 in den Ausbau bzw. die Erneuerung der betriebseigenen Leitungsnetze bzw. der dazugehörigen technischen Anlagen (Sachanlagevermögen) und TEUR 10.750 in Finanzanlagen.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen des Jahres 2013 entfallen dabei auf folgende Bereiche:

	2013	2012	2011
	TEUR	TEUR	TEUR
Wasser/Abwasser	3.393	2.355	2.767
Strom *	1.171	883	849
Fernwärme	466	791	521
Erdgas **	984	804	688
Produktion	128	7.257	120
übrige Anlagen	615	766	857
	6.757	12.856	5.802

* im Wesentlichen Stromverteilung

** Gasverteilung

Die Investitionen in Finanzanlagen betreffen die Gewährung langfristiger Darlehen im Rahmen des Cash-Poolings für Investitionen in Tochtergesellschaften.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Die Gesellschaft nimmt im Rahmen eines konzernweiten Cashmanagements bzw. Cash-Poolings die Liquiditätssicherung bzw. -bündelung der Konzerngesellschaften wahr.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte mit TEUR 2.239 durch Kreditaufnahmen, mit TEUR 1.817 durch Investitionszuschüsse, mit TEUR 81 durch Fördermittel und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Trotz der Kreditaufnahmen sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Berichtsjahr aufgrund der planmäßigen Tilgungen von TEUR 5.481 und durch Veränderungen der Zinsabgrenzung (- TEUR 33) zum Bilanzstichtag um 10,0 % auf TEUR 29.393.

5. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr ohne Geschäftsführer durchschnittlich 307 Mitarbeiter (Vj. 290).

Die Grundlage für Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer bei neu.sw und den organschaftlich verbundenen Unternehmen bilden der seit dem 1. März 2009 geltende Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie der Entgelttarifvertrag. Mit einem Änderungsvertrag zum Manteltarifvertrag wurde eine Erhöhung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten ab dem 1. Januar 2012 vereinbart. Vor dem Hintergrund der Kündigung des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2012 wurden mit den Tarifpartnern Tarifverhandlungen geführt. Diese konnten im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Im Ergebnis erhöhten sich die Entgelte ab dem 1. April 2013 um 3,7 % und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 3,0 %.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Beschäftigten der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

Für die Auszubildenden der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende die Grundlage. Der Manteltarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2010, der Ausbildungsvergütungstarifvertrag zum 31. August 2010 gekündigt. Im Jahr 2011 wurden Verhandlungen mit ver.di zu den beiden Tarifverträgen geführt. Am 20. Juli 2011 wurde eine Einigung zu einem neuen Entgelttarifvertrag mit Wirkung ab 1. September 2011 erzielt. Zum Manteltarifvertrag konnte bisher kein Verhandlungsergebnis erzielt werden, so dass der Manteltarifvertrag trotz Kündigung nachwirkt.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung im Konzern wird allen Mitarbeitern angeboten, sich inner- oder außerbetrieblich weiter zu qualifizieren. Zentrale Themen der Weiterbildung waren in 2013 Schulungen für Mitarbeiter in kundennahen Bereichen des Unternehmens sowie Schulungen zum Erhalt und zur Erweiterung der Fachkenntnisse der Mitarbeiter im Bereich der Technischen Netzbetriebe. Im Zusammenhang mit der Umstellung der PC Arbeitsplätze auf Windows 8.1 und Office 2013 erhielten 118 Mitarbeiter diesbezügliche Schulungen. Um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen bzw. weiter zu erhöhen legten 15 Mitarbeiter die Ausbildereignungsprüfung ab. Darüber hinaus wurden in allen Bereichen umfangreiche Schulungen sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Führungskräfte durchgeführt.

neu.sw förderte in 2013 Nachwuchskräfte durch die Finanzierung von dualen Studiengängen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg und an der Hochschule für Logistik und Wirtschaft in Hamm. Zusätzlich wurden mehrere Arbeitnehmer in ihrer beruflichen Fortbildung oder beim Studium neben der Arbeit durch neu.sw unterstützt. Auch in 2013 belegten Fach- und Führungskräfte von neu.sw den neuen berufsbegleitenden Masterstudiengang „Kommunalwirtschaft" an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde.

6. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Am 20. Januar 2013 kam es aufgrund von Manipulationen an Versorgungsanlagen der Gesellschaft zu einem mehrstündigen Ausfall der Fernwärmeversorgung für rund dreitausend Haushalte in Neubrandenburg. In Auswertung dieses Vorfalls erfolgte eine konzernweite Analyse in Bezug auf die Infrastruktursicherheit, die Personensicherheit, die Informationssicherheit und den Datenschutz, in deren Ergebnis die Implementierung eines Konzernsicherheitsmanagementsystems beschlossen wurde.

Im März 2013 hat die Geschäftsführung entschieden, das ursprünglich in der Planung für 2013 und 2014 berücksichtigte Vorhaben zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Standort John-Schehr-Straße im Jahr 2013 nicht mehr zu beginnen. Hintergrund war der seitens der Gesellschafterin erklärte Zustimmungsvorbehalt bezüglich der Umsetzung des Vorhabens der mit dem Auftrag verbunden wurde, vor Umsetzung weitere Alternativen zu prüfen, die insbesondere die Nutzung von freien städtischen Liegenschaften beinhalten. Nachdem diese Prüfung zu keinen umsetzbaren Alternativen führte, wurde das Vorhaben in die Planung für 2014 und 2015 aufgenommen.

Gemäß dem „Vertrag über die Übernahme von einem GuD-Heizkraftwerk und einem Heizwerk in Neubrandenburg" zwischen der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) und neu.sw vom 8. Juli 1998 hat neu.sw zum 31. Dezember 2014 die Möglichkeit, die betroffenen Anlagen von VASA zu erwerben. Darüber hinaus hat VASA zum 31. Dezember 2014 das Recht, neu.sw die Anlagen anzudienen. Am 7. November 2013 hat neu.sw das Ankaufsrecht zum 31. Dezember 2014, 24:00 Uhr ausgeübt. In diesem Zusammenhang wurden zwischen neu.sw und VASA insgesamt vier Ausführungsverträge geschlossen, die das ursprüngliche Vertragswerk ergänzen und den lastenfreien Erwerb, die risikolose Zug-um-Zug-Abwicklung und die getrennte Behandlung des Ankaufs der Immobilien und der beweglichen Gegenstände sicherstellen sollen.

In der Gesellschafterversammlung am 18. Dezember 2013 wurde der Geschäftsführung der neu.sw durch den gesetzlichen Vertreter der Stadt Neubrandenburg die Weisung erteilt, einer Übertragung des Anlagevermögens der Stadt Neubrandenburg an Erschließungsanlagen im Entwicklungsgebiet „Wolgaster Straße", 2. bis 4. Bauabschnitt zuzustimmen und einen diesbezüglichen Kaufvertrag mit der Stadt zu schließen. Die dazu im Vorfeld notwendigen fachlichen Abstimmungen begannen Ende Dezember 2013.

7. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse sowie Fremdkapital geprägt und stellt sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	188.241	189.664	-1.423
Anlagevermögen	149.295	142.411	6.884
Umlaufvermögen und Abgrenzungen	38.946	47.253	-8.307
Eigenkapital	88.360	87.609	751
Sonderposten	32.340	33.271	-931
Rückstellungen	15.210	16.569	-1.359
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	29.393	32.668	-3.275
Übrige Verbindlichkeiten / Abgrenzungen	22.938	19.547	3.391

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme stieg bei annähernd unveränderter Bilanzsumme auf 46,9 % (Vj. 46,2%). Bei 70 %iger Hinzurechnung des Sonderpostens zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 59,0 % (Vj. 58,5 %).

Das Anlagevermögen ist zu 59,2 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 61,5 %). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 79,3 % (Vj. 75,1 %), wobei das Anlagevermögen der Gesellschaft vollständig langfristig finanziert ist.

8. Finanzlage

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen in das immaterielle (TEUR 130) und das Sachanlagevermögen (TEUR 6.627) wurden durch Kreditaufnahmen (TEUR 2.239), Investitionszuschüsse (TEUR 1.817), Fördermittel (TEUR 81) und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Die Mittelzu- und -abflüsse aller Gesellschaften des Konzerns neu.sw wurden im Zuge eines zentralen Cash-Poolings über die Gesellschaft abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebenden Zinsverrechnungen erfolgen auf Basis vertraglich geregelter Kontokorrentverzinsungen. In diesem Zusammenhang erfolgte im Berichtsjahr eine Überprüfung der Fristigkeiten der im Rahmen des Cash-Poolings an die Tochtergesellschaften ausgereichten Mittel. Im Ergebnis wurde festgelegt, dass für Investitionen der Tochtergesellschaften benötigte Mittel künftig als langfristige Ausleihungen, die unter den Zugängen zu den Finanzanlagen (TEUR 10.750) ausgewiesen werden, durch neu.sw bereitgestellt werden.

Im Berichtsjahr wurden zur Sicherung eines stabilen und niedrigen Zinsniveaus der langfristigen Kreditverbindlichkeiten Zinsderivate eingesetzt. Deren Bewertung wurde per 31. Dezember 2013 durch die UniCredit Bank AG, die Landesbank Baden-Württemberg bzw. die Nord/LB vorgenommen und ist im An-

hang ersichtlich. Hierbei handelt es sich um einen Vergleich zwischen aktuellem Marktzins (zum Bewertungsstichtag) und dem abgeschlossenen Zinsswap (Mid Market Bewertung). Der so ermittelte Barwert wurde über die gesamte Laufzeit abdiskontiert.

Neben dem Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zur Absicherung eigener Darlehen fielen im Berichtsjahr Aufwendungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsgeschäften für Kredite der VASA und der NOTAM an. In den Vorjahren waren zur Sicherung eines langfristig günstigen Zinsniveaus diesbezüglich Zinssicherungsgeschäfte durch neu.sw abgeschlossen worden, um die aus Zinsveränderungen resultierenden unkalkulierbaren Kostenentwicklungen beim Strom- und Fernwärmebezug von VASA bzw. beim Bezug von Klärleistungen von NOTAM zu begrenzen. Die Zinssicherung erfolgt über neu.sw, da somit bei gleichem wirtschaftlichen Effekt (Kosten trägt neu.sw) eine umfangreiche Anpassung der bestehenden Vertragswerke vermieden werden konnte.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gegeben, die Gesellschaft ist allen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr planmäßige Tilgungen in Höhe von TEUR 5.481 erbracht.

9. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft stellt sich im Jahr 2013 wie folgt dar:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	167.534	153.798	13.736
betriebliche Aufwendungen	-148.638	-136.395	-12.243
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	18.896	17.403	1.493
Abschreibungen	-8.183	-7.008	-1.175
Finanzergebnis	-732	-783	51
Steuern	-3.231	-2.742	-489
Gesamtergebnis	6.750	6.870	-120

Die Beteiligungsergebnisse und die Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden in dieser Darstellung dem Finanzergebnis zugeordnet.

Die Gesamtleistung der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 % gestiegen, während die betrieblichen Aufwendungen um 9,0 % stiegen.

Der Anstieg der Gesamtleistung um TEUR 13.736 resultiert insbesondere aus den gestiegenen Erlösen der Stromsparte (TEUR + 12.730) und den Erlössteigerungen in der Sparte Erdgas (TEUR + 1.412).

Die betrieblichen Aufwendungen stiegen um insgesamt TEUR 12.243. Wesentliche Veränderungen ergaben sich beim Strombezug (TEUR + 2.055) und beim Erdgasbezug (TEUR + 1.021). Darüber hinaus erhöhten sich im Zusammenhang mit der steigenden Vermarktung von Strom außerhalb des eigenen Netzgebietes die

Aufwendungen für die Nutzung fremder Stromnetze um TEUR 2.981. Weitere Steigerungen ergaben sich bei den Aufwendungen aus der Umlage nach dem EEG, die sich mittlerweile auf insgesamt TEUR 13.500 (TEUR + 5.405) beläuft.

Im Saldo stieg das Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Steuern auf TEUR 18.896 (Vj. TEUR 17.403).

Die Abschreibungen liegen um TEUR 1.175 über dem Vorjahreswert. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Abschreibung des derivativen Firmenwertes für das Gasnetz (TEUR 1.036). Die Notwendigkeit zur Abschreibung des Firmenwertes auf das Gasnetz ergibt aus der Reduzierung der Erlösobergrenze durch die Festlegung der Bundesnetzagentur für die 2. Regulierungsperiode (2013 bis 2017).

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis mit TEUR -1.835 (Vj. TEUR – 1.735) und dem Beteiligungsergebnis mit TEUR 1.103 (Vj. TEUR 952) zusammen. Im Beteiligungsergebnis sind die Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens (TEUR 392), Ergebnisübernahmen der Tochtergesellschaften in Höhe von TEUR 830 (Vj. TEUR 904) und die Abschreibung auf die Beteiligung an der neu.ste (TEUR 119) enthalten. Im Zinsergebnis sind die Zinsen aus Zinssicherungsgeschäften (Zinsswaps) für Darlehen von NOTAM und VASA von TEUR 431 (Vj. TEUR 599) enthalten, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Bezugsaufwand für Strom und Fernwärme bzw. die Abwasserklärung darstellen.

Die Steuern beinhalten Ertragsteuern mit TEUR 3.087 und sonstige Steuern mit TEUR 144. Die Ertragsteuern enthalten Steuererstattungen von TEUR 70 für Vorjahre.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von TEUR 6.750 (Vj. TEUR 6.870). Damit konnte das geplante Jahresergebnis von TEUR 6.573 übertroffen werden.

Für die Gasverteilung ergibt sich im Wesentlichen bedingt durch die Abschreibung auf den Geschäfts- und Firmenwert im Berichtsjahr ein Ergebnis von TEUR – 961. Die Stromverteilung weist ebenfalls ein negatives Ergebnis (TEUR – 415) aus, da hier nicht beeinflussbare Kosten (Aufwendungen für vermiedene Netznutzung durch dezentrale Einspeisung) ungeplant angestiegen sind.

Im Rahmen der Haushaltsplanung der Gesellschafterin Stadt Neubrandenburg wurde durch die Stadtvertretung beschlossen, im Jahr 2014 eine Gewinnausschüttung aus der Gesellschaft für 2013 in Höhe von TEUR 4.880 vorzunehmen. Die Geschäftsführung hat daher keinen eigenen Gewinnverwendungsvorschlag entwickelt.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wird als geordnet und guten Grundsätzen folgend eingeschätzt.

C. Nachtragsbericht

Nach Beschlussfassung in der Stadtvertretung am 19. Dezember 2013 wurde der Wirtschaftsplan der Gesellschaft mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 28. Januar 2014 unter der Maßgabe festgestellt, dass bezüglich der in der Planung enthaltenen – aber aus Sicht der Gesellschafterin nicht vollumfänglich plausiblen - Personalentwicklung und der daraus resultierenden Entwicklung der Personalkosten eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitung im Aufsichtsrat zu erfolgen hat. Ziel der Gesellschafterin ist es, die in der Planung berücksichtigte Personalkostenentwicklung zu dämpfen.

Die fachlichen Abstimmungen zum Gegenstand und Wert der Übertragung des Anlagevermögens der Stadt Neubrandenburg an Erschließungsanlagen im Entwicklungsgebiet „Wolgaster Straße", 2. bis 4. Bauabschnitt und die Erarbeitung eines entsprechenden Kaufvertrages zwischen neu.sw und der Stadt Neubrandenburg wurden begonnen, konnten bisher aber noch nicht abgeschlossen werden.

Weitere wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und –methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Mögliche Risiken, die ggf. zu höheren Kosten für die Energiebeschaffung, Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt regelmäßig vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken.

Sich anbahnenden risikobehafteten Entwicklungen wird insbesondere mit operativen Maßnahmen begegnet, die im Jahresplan berücksichtigt werden. Darüber hinaus ergreift die Gesellschaft Maßnahmen der bilanziellen Vorsorge (Wertberichtigungen oder Rückstellungen), der Berücksichtigung im Mittelfristplan und des Risikotransfers, z. B. Versicherungen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf

das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controllingprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken im Rahmen der Risikoinventur. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit auch nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken im Marktumfeld bestehen insbesondere auf der Einkaufs- und Verkaufsseite von Strom, Gas und Fernwärme. Sie stellen sich als Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken dar. Die Mengenrisiken ergeben sich insbesondere aus Witterungseinflüssen, Zugewinn und Verlust von Kunden sowie technologischen Veränderungen. Diesen Risiken wird durch Berücksichtigung von möglichen Mengenschwankungen in der Planung und Prognostizierung des Bedarfs der Kunden entgegengewirkt.

Die Marktpreisänderungsrisiken sind bei Erdgas auf der Einkaufsseite durch die Ölpreisbindung eng mit der Preisentwicklung des fossilen Brennstoffs Öl verknüpft. Das Erdgas wird als Primärenergie für die Strom- und Wärmeproduktion eingesetzt. Risiken bestehen darin, dass höhere Rohstoffpreisnotierungen beim Einkauf nicht zeitnah über eine Anpassung der Endverbraucherpreise weitergegeben werden können. Hieraus ergeben sich im Fall sinkender Bezugspreise natürlich entsprechende

Chancen. Weitere Risiken sieht die Gesellschaft in der Preisentwicklung für Emissionszertifikate in der 3. Handelsperiode (2013 - 2020) im Rahmen des Emissionshandels. Vor diesem Hintergrund hat die Gesellschaft zur Risikobegrenzung umfangreiche organisatorische Regelungen in Form eines Prozesshandbuches Einkauf/Verkauf getroffen. Die im Handbuch beschriebene gegensteuernde Portfoliostrategie geht von einer Limitierung der Risiken und einer genauen Taktung der Einkaufs- und Verkaufskonditionen aus.

Bei der Stromvermarktung ergeben sich Risiken insbesondere aus den stark gesunkenen Marktpreisen, die sich auf das Ergebnis der Gesellschaft auswirken. Durch Berücksichtigung in der Planung und der Vermarktungsstrategie wird diesem Risiko entgegengewirkt. Diese Marktentwicklung bringt jedoch auch Chancen mit sich, da die Kosten für die notwendige Strombeschaffung am Markt geringer als geplant ausfallen.

Marktchancen leitet der Konzern in fremden Netzen bei Strom und Gas aus der steigenden Wechselbereitschaft der Kunden ab. Bei Fernwärme sieht er Chancen zur Kundenbindung und -gewinnung durch das steigende Umweltbewusstsein und das Angebot einer ökologisch hochwertigen, klimaschonenden Energieform im Sinne der Klimaschutzprogramme.

Risiken aus veränderten Rahmenbedingungen:

Durch Umsetzung der europäischen Richtlinie zur vollständigen Öffnung des Strom- und Gasmarktes werden im Rahmen der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes die Bedingungen der Marktkommunikation, des Netzzugangs und die Netzentgelte reguliert. Des Weiteren ergeben sich veränderte Rahmenbedingungen aus der Liberalisierung des Messwesens.

Chancen leitet die Gesellschaft aus den veränderten Rahmenbedingungen als Netzbetreiber von Strom und Gas insbesondere aus Möglichkeiten ab, weitere Netze erwerben und betreiben zu können.

Als Lieferant sieht der Konzern für das gesamte Liefer- und Leistungsspektrum vor allem Chancen in der schnellen Erreichbarkeit und lokalen Verbundenheit mit den Kunden.

Neben veränderten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzt sich die Gesellschaft mit Chancen und Risiken aus der Kündigung des öffentlich rechtlichen Vertrages durch den Landkreis zur Übertragung der Aufgabenträgerschaft für den öffentlichen Personennahverkehr an die Stadt Neubrandenburg auseinander. In Folge einer endgültigen Beendigung entstehen Risiken aus einem möglichen Verzicht des Landkreises auf Übertragung der Vermögensgegenstände des öffentlichen Personennahverkehrs an den Landkreis sowie aus einer sich durch den Wegfall interner Leistungsbeziehungen verändernden Kostensituation der Gesellschaft.

Technische Risiken:

In Netzen und Anlagen (einschließlich Rechentechnik, Erzeugungs-, Ver- und Entsorgungsanlagen) bestehen Risiken aus deren Zerstörung, Beschädigung bzw. Verlust, z. B. durch höhere Gewalt oder Einwirkung Dritter. Ebenso können Betriebsstörungen die Ertragslage beeinträchtigen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit hohen Sicherheitsstandards sowie der Planung und Durchführung regelmäßigen Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie systematischen Schulungs-/Qualifikationsprogrammen für die Mitarbeiter und Tiefbaufirmen, um Beschädigungen von Kabeln und Leitungen vorzubeugen. Des Weiteren ergeben sich Herausforderungen für das Stromverteilernetz aus der sich im Rahmen der Energiewende ergebenden Zunahme der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Der Betrieb von IT-Netzen und -Lösungen erfolgt im Rechenzentrum einer Tochtergesellschaft. Das Rechenzentrum verfügt seit 2007 über die Zertifizierung nach ISO 27001.

Risiken bei der Entwicklung bzw. Implementierung von IT-Lösungen zur Unterstützung von Geschäftsprozessen werden durch einen konzernweit gültigen Prozess für Planung, Management und Auditierung (Test-/Freigabeverfahren) gesteuert.

Dem Risiko des unberechtigten Datenzugriffs, Datenmissbrauchs bzw. Datenverlusts wird mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Grundsätzlich bestehen Ausfallrisiken über den gesamten Bestand der Kundenforderungen. Diesen Risiken wird durch ein zeitnahes, effizientes

Forderungsmanagement begegnet. Bei Interessenten und Großkunden erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Bonitätsprüfung. Besondere Risiken sind in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar.

Die Refinanzierung fälliger Verbindlichkeiten von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften im Konzern der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH erfolgt in der Regel durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH als Obergesellschaft. Hier besteht das theoretische Risiko, dass Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die finanziellen Verpflichtungen fristgerecht zu decken. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens zur Verfügung. Außerdem liegen zur kurzfristigen Absicherung entsprechende Kontokorrentkreditzusagen verschiedener Kreditinstitute vor. Durch das Pooling der liquiden Mittel ergibt sich die Chance, dass der Zinsaufwand aller beteiligten Gesellschaften minimiert werden kann, da ggf. externe Fremdfinanzierungen nicht vorgesehen sind.

Die Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen von Verträgen auf der Grundlage kurz- und mittelfristiger Finanzplanungen im Rahmen des konzernweiten Cash-Poolings.

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das Jahr 2014 wird nach Einschätzung der Geschäftsführung weiterhin von einer Fortsetzung des intensiven Wettbewerbs auf den Energiemärkten geprägt sein. Dabei werden die Preise für Energie - insbesondere aufgrund der absehbaren Kostensteigerungen durch die Energiewende – noch stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion gelangen und die Wechselbereitschaft der Kunden eher zunehmen. Mit ihrer synergetischen Marktstrategie als Multi-Utility-Anbieter und ihrer differenzierten segmentspezifischen Marktbearbeitung ist die Gesellschaft für diese Herausforderung jedoch gewappnet.

Vor dem Hintergrund weiterhin knapper Erdöl- bzw. Erdgasressourcen ist davon auszugehen, dass die Energiepreise mittel- bis langfristig weiter steigen werden. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass der steigende Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien zumindest temporär zu Überangeboten an Strom führt. Aus diesem Grund sind beschaffungsseitig zukünftige starke Preisausschläge nicht auszuschließen, vor allem, da sich nicht nur politische Entscheidungen direkt und/oder indirekt auf die Brennstoff-, CO_2- und Energiemärkte auswirken, sondern bereits die Diskussion solcher Entscheidungen zu starken Reaktionen an den Märkten führen.

Von daher werden – trotz der von neu.sw verfolgten absatzorientierten Beschaffungspolitik - auch zukünftig weitere Preisanpassungen auf der Absatzseite unumgänglich sein. Hierbei ist jeweils medienspezifisch, unter Berücksichtigung der jeweiligen Kostensituation und der Marktpreisentwicklung, vorzugehen.

Die Absatzmengen in der Strom- und Gasversorgung werden im eigenen Netzgebiet vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Wettbewerbssituation stagnierend bis leicht rückläufig erwartet. Eine Kompensation der daraus folgenden Absatzverluste ist dabei durch Zugewinne in fremden Netzen vorgesehen.

Im Bereich der Fernwärmeversorgung ist grundsätzlich mit weiter fallenden Absatzmengen zu rechnen, da die demografische Entwicklung sowie auch die städtebaulichen Ansätze das Kundenportfolio weiter einschränken. Aufgrund der Flexibilisierung der Abgabepreise und der stärkeren Berücksichtigung der Energiepreisentwicklungen soll dieser Minderabsatz jedoch durch die Gewinnung von Neukunden kompensiert werden. Darüber hinaus ist zukünftig vor allem aufgrund klimatischer Veränderungen mit potentiell höheren witterungsbedingten Schwankungen der Absatzmenge zu rechnen.

In der Stromverteilung erwartet die Gesellschaft für die Zukunft positive Ergebnisse, insbesondere, da die im Berichtsjahr angefallenen höheren Aufwendungen für vermiedene Netznutzung durch dezentrale Einspeisung dem Regulierungskonto gutgeschrieben werden und damit die durch die Bundesnetzagentur festgelegte Erlösobergrenze erhöht wird. In der Gasverteilung ist aus heutiger Sicht für den Zeitraum 2014 – 2017 (zweite Regulierungsperiode) aufgrund der vorliegenden Festlegung der Bundesnetzagentur zur Erlösobergrenze ein kostendeckender Betrieb nicht möglich. Aus Sicht von neu.sw ist die Erlösobergrenze durch die Bundesnetzagentur nicht sachgerecht und zu gering festgelegt worden. Daher geht neu.sw gerichtlich gegen die Festlegung vor. Spätestens ab 2018 (dritte Regulierungsperiode) erwartet die Gesellschaft die Festlegung einer angemessenen Erlösobergrenze, die einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb des Gasnetzes ermöglicht.

Die Investitionstätigkeit 2014 wird durch den Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes und des Heizwerk Nord von der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) zum 31. Dezember 2104 dominiert. Die entsprechenden vorbereitenden Vertragsverhandlungen wurden 2013 abgeschlossen, 2014 stehen nun die Klärung von Finanzierungs- und Versicherungsfragen im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Darüber hinaus wird das Investitionsgeschehen 2014 und in den Folgejahren durch Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden, geprägt sein. Weiterhin führt der notwendige Netzausbau auf Grund des Anschlusses dezentraler Einspeisungen im Bereich der Stromverteilung zu steigenden Investitionen. Hinzu kommen Umverlegungsmaßnahmen im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit noch nicht abschließend beziffert werden können.

Auch zukünftig werden Investitionen in technische Anlagen, die zur kontinuierlichen Netz- und Versorgungssicherheit beitragen, entsprechend ihrer Notwendigkeit erfolgen. Mittelfristig absehbare größere Investitionsvorhaben sind der Erwerb der Kläranlage (TEUR 10.056) und der Austausch der zweiten Kernturbine im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk TEUR 7.753), die für das Jahr 2017 vorgesehen sind.

Die Finanzierung dieser Investitionen sowie des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgen. Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, werden diese durch entsprechende Fremdfinanzierungen sicherzustellen sein.

Zur Sicherung einer stabilen Ertragslage ist die Produktivität sowie hieraus resultierend die Effizienz der einzelnen Leistungsbereiche in der Gesamtwertschöpfung permanent kritisch im Zuge des Controllings zu beobachten und Abweichungen sind dezidiert aufzuzeigen.

Eine messbare Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen liefert neben der Aufwandsquote auch die Entwicklung der einzelnen Kostenarten, wie z. B. Personalaufwand bzw. der sonstige betriebliche Aufwand im Hinblick auf die Werte der Wirtschaftsplanung bzw. gegenüber den Vorjahreswerten. Darüber hinaus erfolgt eine permanente Beobachtung der Mengenentwicklungen für die einzelnen Medien. Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge pro Medium, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Die Stadt Neubrandenburg als Gesellschafterin erwartet Gewinnausschüttungen im Jahr 2014 in Höhe von TEUR 4.880 und im Jahr 2015 in Höhe von TEUR 3.760. In der bisherigen Planung waren für 2014 TEUR 4.630 und für 2015 TEUR 3.460 als Ausschüttung vorgesehen. Aus heutiger Sicht wird eingeschätzt, dass sowohl 2014 als auch 2015 mit deutlich positiven Jahresergebnissen (Plan 2014: TEUR 3.065; Mittelfristplan 2015: TEUR 5.388) abgeschlossen werden können, so dass die von der Gesellschafterin geforderte Gewinnausschüttung grundsätzlich realisierbar ist. Allerdings sind im Rahmen der Planung Anpassungen dahingehend vorzunehmen, dass die benötigte zusätzliche Liquidität auch entsprechend bereitsteht, gegebenenfalls durch zusätzliche Fremdkapitalaufnahmen.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 17. April 2014

Holger Hanson
Geschäftsführer

Ingo Meyer
Geschäftsführer

Anlage II

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	721.418,93		732.334,60	
2. Geschäftswert	1.728.276,00	2.449.694,93	3.109.282,00	3.841.616,60
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.654.397,48		14.073.087,42	
2. Technische Anlagen und Maschinen	112.634.865,95		112.710.780,81	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	822.990,00		716.030,00	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	953.600,99	128.065.854,42	897.851,99	128.397.750,22
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.836.646,15		1.836.646,15	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	9.548.000,00		821.000,00	
3. Beteiligungen	219.500,23		338.371,04	
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	7.175.421,56	18.779.567,94	7.175.421,56	10.171.438,75
		149.295.117,29		142.410.805,57
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Emissionsberechtigungen	1.459.734,32		2.034.008,33	
2. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	536.421,93	1.996.156,25	557.151,66	2.591.159,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.846.239,17		15.317.126,49	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.290.344,36		11.120.316,99	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		240.022,46	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	4.058.603,67	25.195.187,20	4.185.593,90	30.863.059,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		11.619.941,84		13.750.104,31
		38.811.285,29		47.204.324,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten		132.077,01		46.232,56
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		2.546,65		2.783,45
		188.241.026,24		189.664.145,72

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		35.790.500,00		35.790.500,00
II. Kapitalrücklage		36.970.116,92		36.970.116,92
III. Bilanzgewinn		15.598.921,58		14.848.703,65
		88.359.538,50		87.609.320,57
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		31.698.315,76		32.361.331,73
C. Sonderposten für unentgeltlich zugeteilte Emissionsberechtigungen		641.488,76		910.089,34
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	2.724.240,85		2.696.049,45	
2. Steuerrückstellungen	2.498.674,07		4.966.863,46	
3. Sonstige Rückstellungen	9.987.030,77	15.209.945,69	8.906.377,23	16.569.290,14
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.392.596,49		32.667.964,37	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.929.827,35		6.956.273,78	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.566.384,04		467.094,47	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	101.744,05		0,00	
5. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 4.191 (i. Vj. TEUR 3.291)--	11.132.965,39	51.123.517,32	10.668.763,44	50.760.096,06
F. Rechnungsabgrenzungsposten		492.140,25		584.001,62
G. Passive latente Steuern		716.079,96		870.016,26
		188.241.026,24		189.664.145,72

Anlage II

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013		2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	172.434.709,31		156.550.347,85	
abzüglich Strom- und Energiesteuer	11.857.633,68	160.577.075,63	11.484.890,51	145.065.457,34
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		477.721,69		492.868,96
3. Sonstige betriebliche Erträge		6.478.998,69		7.952.538,35
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	114.746.392,49		102.871.557,83	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.334.003,76		8.567.435,96	
c) Abwasserabgabe	29.352,68	122.109.748,93	26.253,81	111.465.247,60
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	13.332.855,00		12.208.683,32	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
--davon für Altersversorgung TEUR 175 (i. Vj. TEUR 238)--	2.501.486,52	15.834.341,52	2.524.133,07	14.732.816,39
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	8.182.590,29		7.008.125,20	
b) des Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	236,80	8.182.827,09	242,00	7.008.367,20
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.693.918,71		10.197.011,78
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 218 (i. Vj. TEUR 48)--		392.247,41		48.216,48
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 41 (i. Vj. TEUR 506)--				
--davon aus der Abzinsung TEUR 12 (i. Vj. TEUR 3)--		430.974,88		998.586,78
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		118.870,81		0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
--davon an verbundene Unternehmen TEUR 2 (i. Vj. TEUR 1)--				
--davon aus der Aufzinsung TEUR 244 (i. Vj. TEUR 274)--		2.266.628,60		2.734.063,10
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1.564.951,54		1.527.583,04
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		734.578,00		624.454,87
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.981.056,18		9.323.290,01
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
--davon latenter Steuerertrag TEUR 155 (i. Vj. TEUR 211)--				
--davon latenter Steueraufwand TEUR 1 (i. Vj. TEUR 6)--		3.087.230,30		2.323.976,29
16. Sonstige Steuern		143.607,95		129.665,70
17. Jahresüberschuss		6.750.217,93		6.869.648,02
18. Gewinn-/Verlustvortrag		14.848.703,65		13.354.055,63
19. Entnahme aus der Kapitalrücklage		0,00		0,00
20. Ausschüttung		6.000.000,00		5.375.000,00
21. Bilanzgewinn		15.598.921,58		14.848.703,65

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

11. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 12. Juni 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von den Neubrandenburger Stadtwerken GmbH, Neubrandenburg, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

A. Grundlagen der Gesellschaft

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Durchführung von Linienverkehren des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Sonderverkehren sowie sonstigen Personentransportleistungen, von Schienenersatzverkehr und Gütertransporten, von Fahrgastschifffahrten auf Binnengewässern sowie Serviceleistungen im Zusammenhang mit Personen- und Gütertransporten und von Werbung. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann zur Erfüllung dieser Aufgaben andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Das Wahljahr 2013 ist vorbei und die Verkehrsbranche stellt in Bezug auf eine finanzierbare Verkehrspolitik hohe Erwartungen an die Große Koalition. Offen ist bisher die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach 2019. Der Bund ist, trotz aller berechtigten Verweise auf die Zuständigkeit der Länder, nach wie vor in der Pflicht, hier frühzeitig über eine Anschlussregelung zu verhandeln. Die GVFG-Mittel sind für die mittel- bis langfristigen (Investitions-) Planungen der Verkehrsunternehmen existentiell. Die Bundesregierung muss sich daher jetzt und nicht erst kurz vor 2019 über eine Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung Gedanken machen.

Kennzeichnend für die Entwicklung im Busverkehr des Jahres 2013 in Deutschland war ein leichter Anstieg der Fahrgastzahlen, wobei die Mobilität in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen dünn besiedelten Regionen das Sorgenkind bleibt. Für die Nahverkehrsunternehmen wird es hier zur Herausforderung, ein adäquates Angebot aufrecht zu erhalten. Rückläufige Einwohnerzahlen führen zu weniger Fahrgästen und damit automatisch zu höherem Zuschussbedarf je Fahrgast, da die Fixkosten konstant bleiben. Aus Kostengründen wurde das ÖPNV-Angebot deshalb bereits vielerorts ausgedünnt, was zu einem Attraktivitätsverlust für die Fahrgäste führt. Oft findet eine Bedienung abseits des Schülerverkehrs nur noch in einem überschaubaren Rahmen statt. Gerade deshalb werden für den kommunalen ÖPNV, der auf

die verlässliche Mitfinanzierung des Bundes und der Länder angewiesen ist, die fehlenden Entscheidungen zur Gemeindeverkehrsfinanzierung im Koalitionsvertrag mit Sorge betrachtet.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Kundenstamm bzw. das Bediengebiet der Gesellschaft erstreckt sich räumlich weiterhin auf das Gebiet der Stadt Neubrandenburg und der Gemeinde Trollenhagen. Das Kundenpotenzial konzentriert sich im Wesentlichen auf den Schüler- und Berufsverkehr, wobei jedoch eine Beförderungspflicht für alle Bevölkerungsgruppen besteht. Das Oberzentrum Neubrandenburg wird auch durch andere Verkehrsunternehmen, insbesondere im Rahmen des Schüler- und Berufspendlerverkehrs, angefahren.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 4.051 Tsd. Fahrgäste befördert, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um 1,7 % entspricht.

Die Linienverkehrsleistung nach § 42 PBefG konnte durch die weitere Optimierung der Linien- und Umlaufgestaltung um 88 Tkm von 1.299 Tkm auf 1.211 Tkm (– 6,8 %) reduziert werden.

Mit 11 Linien bediente die NVB im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr unverändert ein Streckennetz von 211 km mit insgesamt 203 Haltestellen.

Die nachfolgende Tabelle stellt die in 2013 von der Gesellschaft erbrachten Beförderungsleistungen im Linienverkehr im Vergleich zum Vorjahr dar:

	2013	2012	Veränderung
Anzahl Personenbeförderung in Tsd.	4.051	3.982	69
Personenkilometer in Tsd.	23.089	22.669	420
Wagenkilometer in Tsd.	1.211	1.299	-88
Anzahl Linienbusse	28	29	-1
Streckennetz in km	211,3	211,3	0,0
Anzahl Linien	11	11	0
Haltepunkte/Haltestellen	203	203	0

Trotz des im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnenden Anstiegs bei den beförderten Personen um 1,7 % sanken die Erlöse aus dem Ticketverkauf um 1,7 % auf TEUR 2.579 (Vorjahr TEUR 2.624). Dies ist auf Veränderungen im Nutzerverhalten und daraus resultierenden Verschiebungen zwischen den verschiedenen Ticketarten zurückzuführen.

Der Auftrag für den freigestellten Schülerverkehr wurde der NVB durch die Stadt Neubrandenburg und den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte erteilt. Insgesamt haben sich die übrigen Verkehrsleistungen im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert und entwickelten sich wie folgt:

	2013	2012	Veränderung
	Wagen-km	Wagen-km	Wagen-km
Freigestellter Schülerverkehr (Schwimmer)	7.089	6.676	413
Gelegenheitsverkehr	9.205	10.255	-1.050
Betriebsfahrten	6.975	6.714	261
Sonstige gesamt	23.269	23.645	-376

Auch der Betrieb des Linienschiffs auf dem Tollensesee wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. An insgesamt 153 Einsatztagen (Vj. 156) wurden 8.169 Fahrgäste im Linienbetrieb befördert (Vj. 9.058).

3. Investitionen

Die Investitionen des Berichtsjahres (TEUR 1.029) betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von zwei 12 Meter und zwei 18 Meter Linienbussen (TEUR 996). Mit Zuwendungsbescheid vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern wurden hierfür TEUR 200 an Fördermitteln gewährt. Durch den Verkauf von 5 Bussen (zwei 12 Meter Busse und drei 18 Meter Busen) verringerte sich die Anzahl der Linienbusse auf 28. Das mittlere Alter der Busse von 4,4 Jahren ist gegenüber dem Vorjahr (4,6 Jahre) leicht gesunken.

Abgeschlossen wurden die Investitionen in Fahrzeugrechner mit Kassensystemen. 2013 sind im Rahmen dieser Maßnahmen TEUR 32 investiert worden, die mit TEUR 21 durch Zuschüsse finanziert wurden.

Bedingt durch die Kreditaufnahmen stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Berichtsjahr bei planmäßigen Tilgungen von TEUR 525 und durch Veränderungen der Zinsabgrenzung (+ TEUR 10) zum Bilanzstichtag um 11,9 % auf TEUR 2.627.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der 2013 vorgenommenen Investitionen erfolgte durch Kreditaufnahmen (TEUR 796) und Investitionszuschüsse (TEUR 221) sowie im Zuge des konzernübergreifenden Cash-Poolings aus den liquiden Mitteln des Konzerns neu.sw.

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte ohne Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 72 Mitarbeiter (Vj. 74) und ist in die Management- und Personalstrukturen der Muttergesellschaft eingegliedert.

Für die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe gelten seit dem 1. April 2009 ein eigener Manteltarif- und Entgelttarifvertrag. Dieser Entgelttarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2009 gekündigt. In der Folge wurden Tarifverhandlungen geführt, so dass im Juni 2010 ein Verhandlungsergebnis erzielt

werden konnte. Der entsprechende Entgelttarifvertrag wurde durch ver.di jedoch nicht unterzeichnet. Im Sinne der Beschäftigten wurde das Verhandlungsergebnis durch die NVB dennoch umgesetzt.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaft Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld entsprechend dem vorgenannten Verhandlungsergebnis gezahlt.

Für die Auszubildenden der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende mit Wirkung zum 1. Juli 2003 die Grundlage. Der Manteltarifvertrag wurde zum 31. Dezember 2010 gekündigt. Seitdem wirkt dieser nach, da bislang kein Verhandlungsergebnis erzielt werden konnte. Basis für die Ausbildungsvergütung bildet der mit Wirkung zum 1. September 2011 verabschiedete Ausbildungsvergütungstarifvertrag.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung wird allen Mitarbeitern angeboten, sich inner- oder außerbetrieblich weiter zu qualifizieren. Zentrales Thema wiederum war die Weiterbildung und Fortführung der Schulungen nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Auf der Grundlage eines Rahmenvertrages mit der Firma EVO-Bus bis 2017 zur jährlichen Busbeschaffung hat die Gesellschaft für den gleichlaufenden Zeitraum bis 2017 Anträge auf Fördermittel an das Wirtschaftsministerium M-V gestellt. Diese Anträge werden jeweils nur für das folgende Wirtschaftsjahr beschieden.

Das 2011 begonnene Projekt „Bordrechner mit Fahrerkassen" und „Vordereinstieg" wurde 2013 erfolgreich abgeschlossen. Der Verkauf aller Ticketsorten mit Ausnahme der Jahrestickets erfolgt nun durch die Busfahrer und im Linienverkehr der Stadt Neubrandenburg gilt für die Fahrgäste generell der Vordereinstieg.

Die Projekte Busschule für junge Schüler sowie das Trainingsprogramm für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste sowie Mütter mit Kinderwagen wurden auch 2013 fortgesetzt.

Weitere wichtige Vorgänge, über die gesondert zu berichten wäre, haben sich im Geschäftsjahr nicht ergeben.

7. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehensaufnahmen geprägt und stellte sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	7.234	7.350	-116
Anlagevermögen	6.103	6.193	-90
Forderungen gegen Gesellschafter	899	624	275
Übrige Aktiva	232	533	-301
Eigenkapital	2.461	2.461	0
Investitionszuschüsse	1.759	1.936	-177
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.627	2.347	280
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0	172	-172
Kurzfristige Fremdmittel	387	434	-47

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 84,4 % (Vj. 84,3 %). Das Anlagevermögen ist zu 40,3 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 39,7 %). Unter Berücksichtigung der empfangenen Investitionszuschüsse und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ergibt sich ein Deckungsgrad von 112,2 % durch langfristig verfügbare Mittel (Vj. 108,9 %).

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Verlustübernahme der Muttergesellschaft auf Vorjahresniveau, die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme beträgt 34,0 % (Vj. 33,5 %). Es ist weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

8. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und die damit verbundene Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Anzumerken bleibt jedoch, dass aus der laufenden Geschäftstätigkeit insgesamt ein negativer Cashflow resultiert. Die Gesellschaft ist somit auf den Verlustausgleich durch die Muttergesellschaft angewiesen, um ihren Finanzbedarf zu decken. Die sich aus den Zahlungsströmen mit der neu.sw ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

9. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebliche Erträge	5.063	5.361	-298
Betriebliche Aufwendungen	-4.815	-5.009	194
Betriebsergebnis vor AFA (EBITDA)	248	352	-104
Abschreibungen	-894	-890	-4
Finanzergebnis	-81	-79	-2
Steuern	-8	-7	-1
Gesamtergebnis	-735	-624	-111

Die betrieblichen Erträge liegen aufgrund leicht gesunkener Erlöse aus Fahrscheinverkäufen, rückläufiger Ausgleichzahlungen und insbesondere aufgrund gesunkener Erträge aus der Auflösung von Sonderposten unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Erträge der Ausgleichszahlungen entwickelten sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
§ 10 b FAG	570	618	-48
§ 150 SGB IX	305	312	-7
§ 45 a PBefG	543	548	-5
	1.418	1.478	-60

Die betrieblichen Aufwendungen sanken leicht, konnten aber den Rückgang bei den Erlösen nicht vollständig kompensieren, so dass sich das Betriebsergebnis vor Abschreibungen um TEUR 104 auf TEUR 248 verringerte.

Insgesamt ergeben sich ohne Berücksichtigung des Finanzergebnisses und ohne die Zuwendungen gemäß Finanzausgleichsgesetz Erträge von TEUR 4.493 (Vj. TEUR 4.743), denen Aufwendungen in Höhe von TEUR 5.717 (Vj. TEUR 5.906) gegenüberstehen. Der Aufwandsdeckungsgrad verschlechterte sich somit leicht um 1,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 78,6 % (Vj. 80,3 %).

Im Ergebnis erzielte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen Verlust in Höhe von TEUR 735. Dieser wurde durch die Muttergesellschaft neu.sw im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages voll ausgeglichen.

Trotz der unter Plan liegenden Umsatzerlöse aus Ticketverkäufen konnte das im Vorjahresbericht prognostizierte Planergebnis (TEUR - 777) insbesondere aufgrund von Erstattungen aus Umlageendabrechnungen

der Versicherungen für Vorjahre, aufgrund von unter Plan liegenden Aufwendungen für Treibstoffbezug und von unter Plan liegenden Personalaufwendungen übertroffen werden.

C. Nachtragsbericht

Am 13. Januar 2014 wurden die Tarifverhandlungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NVB abgeschlossen. Im Ergebnis wurde eine Einmalzahlung für das Jahr 2013, eine (stufenweise) Anhebung der Vergütung im Jahr 2014 um 2,5 % und eine Anhebung der Vergütung zum 1. Januar 2015 um 1,5 % vereinbart.

Die Gesellschaft hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben und über das Ergebnis im März 2014 die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat der Konzernobergesellschaft unterrichtet. Dieses Gutachten beschreibt insbesondere die weitere Abfolge zur Sicherstellung einer Direktvergabe durch den Aufgabenträger ab 2017. Im Weiteren geht das Gutachten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen ein.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und –methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Mögliche Risiken, die ggf. zu Versorgungsausfällen, erhöhte Bezugskosten für Kraftstoff, Umsatzverminderungen, Adressausfällen und Liquiditätsengpässen führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt regelmäßig vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken.

Sich anbahnenden risikobehafteten Entwicklungen wird insbesondere mit operativen Maßnahmen begegnet, die im Jahresplan berücksichtigt werden. Darüber hinaus ergreift die Gesellschaft Maßnahmen der bilanziellen Vorsorge (Wertberichtigungen oder Rückstellungen), der Berücksichtigung im Mittelfristplan und des Risikotransfers, z. B. Versicherungen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf

Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controllingprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken im Rahmen einer Risikoinventur. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko:

Die der Gesellschaft erteilten Linienverkehrsgenehmigungen laufen am 30. Oktober 2016 aus. Sollte die Neubeantragung nicht erfolgreich sein, droht der NVB unmittelbar der Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage als Verkehrsunternehmen, weil sie ohne personenbeförderungsrechtliche Liniengenehmigungen aus zwingenden öffentlich-rechtlichen Gründen keine Personenbeförderungsleistungen erbringen darf. Im schlimmsten Fall müsste die NVB bei Verlust ihrer Genehmigungen mit allen sozial- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen liquidiert werden.

Risiken aus veränderten Rahmenbedingungen:

Der Betrauungsbeschluss der Stadt Neubrandenburg, auf dessen Basis die Gesellschaft seit März 2008 mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung des auf Linienverkehrsgenehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz beruhenden ÖPNV für die Stadt Neubrandenburg betraut ist, hat weiterhin Bestand (Wirkung bis zum 31. Dezember

2017). Grundlage dafür bildet - nach Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes M-V - die (Rück-) Übertragung der Aufgabenträgerschaft vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte auf die Stadt Neubrandenburg mittels öffentlich rechtlichem Vertrag. Zum Ende des Jahres 2012 hat der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte diesen öffentlich rechtlichen Vertrag mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Ob ein Anschlussvertrag (gegebenenfalls mit geänderten Inhalten) abgeschlossen wird, oder ob der Landkreis zukünftig (ab 2015) die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Neubrandenburg selbst übernimmt, ist derzeit nicht absehbar.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Neubeantragung der Linienverkehrsgenehmigung (die der Gesellschaft erteilten Linienverkehrsgenehmigungen sind bis zum 31. Oktober 2016 befristet) ergibt sich die Notwendigkeit, die Fragen der Aufgabenträgerschaft bereits 2014 auch für die Zukunft zu klären. Dazu befindet sich die Gesellschaft in einem intensiven Dialog mit der Stadt Neubrandenburg, die wiederum mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte an einer zukunftsfähigen Lösung arbeitet.

Für die Gesellschaft bestehen hinsichtlich der Entscheidungsfindung zwischen Landkreis und Stadt keine direkten Einflussmöglichkeiten, wenn man davon absieht, dass die Gesellschaft durch Qualität und Leistung überzeugt, den Nachweis eines durchschnittlich gut geführten Unternehmens weiterhin erbringt und einen hohen Kostendeckungsgrad erzielt. Darüber hinaus bietet die derzeitige Konstellation die Möglichkeit, durch Nutzung des steuerlichen Querverbundes die Kosten des ÖPNV für den Aufgabenträger zu senken.

Risiken im Marktumfeld:

Risiken ergeben sich insbesondere aus steigenden Kraftstoffpreisen sowie geringeren Zuschüssen der öffentlichen Hand für den ÖPNV. Darüber hinaus ergeben sich aus der sich ändernden Bevölkerungszahl und -struktur Entwicklungen, die sich sowohl positiv als auch negativ auf Umsatz und Unternehmenserfolg auswirken. Durch Berücksichtigung dieser Entwicklungen in der Planung wird den Risiken begegnet.

Dem Risiko aus unentdeckt gebliebenen Schwarzfahrern, durch die Umsatzeinbußen verursacht werden, begegnet die Gesellschaft mit technischen Maßnahmen, verstärkten Kontrollen, Erhebung erhöhter Beförderungsentgelte von entdeckten Schwarzfahrern und Planung der Umsatzerlöse ausgehend vom Umsatz der zahlenden Fahrgäste.

Chancen sieht die Gesellschaft vor allem in einem steigenden Umweltbewusstsein der Bürger und dem Wandel der Bevölkerungsstruktur sowie einer damit einhergehenden verstärkten Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Des Weiteren besteht eine Chance in der durch die Stadt Neubrandenburg auf der Grundlage des europäischen Rechtsrahmens erteilten Betrauung und Liniengenehmigung.

Finanzwirtschaftliche Risiken: Ein potenzielles Risiko besteht in einer Fördermittelrückführung. Die Fördermittel wurden für den Bau des Betriebshofes und der Werkstatt gewährt. Dem Risiko wird durch Abstimmung der Handlungen mit anderen Betroffenen und ständigem Dialog mit dem Wirtschaftsministerium entgegengewirkt.

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft bereitet sich derzeit auf die Neubeantragung der Linienverkehrskonzessionen ab dem 1. November 2016 vor. Vorgesehen ist, das Antragsverfahren im August 2014 zu starten. Dem voraus gehen muss jedoch die Klärung der Aufgabenträgerschaft für den Stadtverkehr in Neubrandenburg zwischen dem Landkreis MSE und der Stadt Neubrandenburg, so dass der dann zuständige Aufgabenträger alle zeitlichen und rechtlichen Vorgaben des PBefG sowie der EU-VO 1370 einhalten kann.

Auch zukünftig ist ein intensives Kostenmanagement notwendig, um die zu erwartenden Erlösreduzierungen zu kompensieren, da aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte weiterhin nicht von einer Entspannung der Erlössituation auszugehen und mit sinkenden Zuschüssen zu rechnen ist. Ebenso werden Tarifanpassungen und regelmäßige Aktualisierungen des Ticketsystems unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung unumgänglich sein. Darüber hinaus ist weiterhin ein strenges leistungsorientiertes Kostenmanagement erforderlich, um auch mittelfristig dem Kostenmaßstab eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens gerecht zu werden und somit die Voraussetzung für die Direktvergabe von Linienverkehren durch den zuständigen Aufgabenträger an die NVB zu erfüllen.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass auch mittelfristig keine positiven Ergebnisse zu erwarten sind. Die Gesellschaft wird also auch weiterhin auf die Verlustübernahmen durch die Muttergesellschaft, neu.sw, angewiesen sein. Für das Jahr 2014 ist ein Verlust vor Verlustübernahme durch die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 999 geplant. Der voraussichtliche Anstieg des Verlustes ist im Wesentlichen auf für 2014 und 2015 vorgesehene umfangreiche Straßenbaumaßnahmen in Neubrandenburg und die in diesem Zusammenhang anfallenden Mehraufwendungen für den Einsatz zusätzlicher Busse und Fahrer zurückzuführen.

Die erwartete Entwicklung wird anhand verschiedener Leistungskennziffern bewertet und der Unternehmenserfolg darüber gesteuert. Neben der Linienverkehrsleistung, den Fahrgastzahlen und den Ticketerlösen werden die Kosten je Fahrplankilometer, die Entwicklung des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT), das Gesamtergebnis sowie der Kostensatz je Fahrplankilometer als wesentliche Mess- und Steuerungsgrößen verwendet.

Die Investitionstätigkeit wird sich in der Zukunft, wie in den Vorjahren, auf die Beschaffung neuer Busse konzentrieren.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 11. April 2014

Holger Hanson
Geschäftsführer

Jürgen Schoberth
Geschäftsführer

Anlage II

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.407,00	0,00
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.248.939,36	1.341.583,36
2.	Fuhrpark für den Personennahverkehr	4.646.885,00	4.631.534,00
3.	Technische Anlagen und Maschinen, die nicht zur Nr. 2 gehören	12.561,00	19.139,00
4.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	180.550,00	188.639,00
5.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	10.539,92
		6.088.935,36	6.191.435,28
III.	Finanzanlagen		
	Beteiligungen	2,00	2.001,00
		6.103.344,36	6.193.436,28
B.	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.793,20	113.085,56
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.938,00	61.393,30
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	899.346,49	624.454,87
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	92.389,18	165.466,23
		1.037.673,67	851.314,40
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	58.305,63	190.357,41
		1.128.772,50	1.154.757,37
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	2.111,67	1.791,48
		7.234.228,53	7.349.985,13

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A.	Eigenkapital		
I.	Gezeichnetes Kapital	260.000,00	260.000,00
II.	Kapitalrücklage	2.131.917,89	2.131.917,89
III.	Gewinnvortrag	69.511,07	69.511,07
		2.461.428,96	2.461.428,96
B.	Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen		
1.	Sonderposten für Zuschüsse Busförderung	1.644.724,46	1.820.316,56
2.	Sonderposten für Zuschüsse ÖPNV	113.993,00	115.931,75
		1.758.717,46	1.936.248,31
C.	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	196.165,80	161.738,73
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.627.119,29	2.346.879,99
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.005,09	104.885,11
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	171.683,04
4.	Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 25 (i. Vj. TEUR 24)--	25.244,78	45.088,60
		2.719.369,16	2.668.536,74
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	98.547,15	122.032,39
		7.234.228,53	7.349.985,13

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

		2013 EUR		2012 EUR	
1.	Umsatzerlöse		3.736.719,18		3.798.306,75
2.	Sonstige betriebliche Erträge		1.326.377,45		1.563.183,31
3.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	841.383,20		908.505,50	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	138.721,77	980.104,97	140.114,61	1.048.620,11
4.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	2.386.147,74		2.500.635,98	
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
	-- davon für Altersversorgung TEUR 2 (i. Vj. TEUR 2)--	467.271,77	2.853.419,51	493.393,17	2.994.029,15
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		891.931,59		889.867,61
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		981.663,84		966.324,94
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		1.999,00		0,00
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
	--davon aus der Abzinsung TEUR 2 (i. Vj. TEUR 12)		2.436,27		13.533,90
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
	--davon an verbundene Unternehmen TEUR 9 (i. Vj. TEUR 13)--		82.884,51		93.493,59
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-726.470,52		-617.311,44
11.	Sonstige Steuern		8.107,48		7.143,43
12.	Erträge aus Verlustübernahme		734.578,00		624.454,87
13.	Jahresüberschuss		0,00		0,00

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

10. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 12. Juni 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer, sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gesellschaft. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt

ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH

175

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

A. Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben und die Verwaltung von Krematoriumsanlagen sowie Handlungen und Tätigkeiten der Bestattung.

Die Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH versteht sich als Dienstleistungsunternehmen, welches sein Leistungsangebot strikt am Bedarf der Kunden orientiert. Der Kundenstamm der Gesellschaft besteht dabei im Wesentlichen aus Bestattungshäusern, mit denen sich feste Lieferbeziehungen entwickelt haben.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 getragen von einer steigenden Konsumnachfrage weiter gewachsen und trug damit wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum bei. Nach aktuellen Erhebungen wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % (im Vorjahr: 0,7 %), für 2014 gehen die Experten des DIW derzeit von einem Wachstum des BIP um 1,8 % aus.

Nachdem die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 noch um 2,0 % angestiegen waren, führten der anhaltende Anstieg der Preise für Energieprodukte und überdurchschnittliche Preiserhöhungen bei Nahrungs- und Genussmitteln verbunden mit einem leichten Rückgang der Preise für Bekleidung und Schuhe in Deutschland zu einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber 2012 um 1,4 %.

Auf die Geschäftsentwicklung von Krematorien im Allgemeinen und der Gesellschaft hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur insofern Einfluss, als dass bei Bestattungen tendenziell eher auf die kostengünstige Variante der Einäscherung zurückgegriffen wird.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der überwiegende Anteil des Gesamtumsatzes wurde im Berichtsjahr durch Einäscherungen und Kühlungen erzielt. Die übrigen Umsätze verteilen sich auf die Nutzung der Feierhalle, den Urnenversand sowie die Nutzung verschiedener Abschiedsnahme- und Urnenübergaberäumlichkeiten.

Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der Einäscherungen gegenüber dem Vorjahr um 528 Kremationen, was einem Anstieg von 8,9 % entspricht. Gleichzeitig sank die Nutzung der Feierhalle von 239 Veranstaltungen im Vorjahr auf 204 Veranstaltungen. Im Saldo stiegen die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 94 auf TEUR 1.238.

3. Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen beliefen sich im Berichtsjahr auf TEUR 2.

Finanzinvestitionen bzw. Beteiligungen erfolgten nicht.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Überprüfung der Fristigkeiten der im Rahmen des Cash-Poolings bei der Konzernobergesellschaft neu.sw aufgenommenen Mittel. Im Ergebnis wurde für in den Vorjahren durchgeführte Investitionen ein langfristiges Darlehen über TEUR 800 mit einer an der Nutzungsdauer der finanzierten Anlagen korrespondierenden Restlaufzeit von vier Jahren aufgenommen.

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 6 Mitarbeiter (Vj. 6) und ist in die Management- und Personalstrukturen sowie in die tarifvertraglichen Regelungen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (nachfolgend „neu.sw" genannt) eingegliedert.

Die Grundlage für Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer bei neu.sw und den organschaftlich verbundenen Unternehmen bilden der seit dem 1. März 2009 geltende Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie der Entgelttarifvertrag. Mit einem Änderungsvertrag zum Manteltarifvertrag wurde eine Erhöhung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten ab dem 1. Januar 2012 vereinbart. Vor dem Hintergrund der

Kündigung des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2012 wurden mit den Tarifpartnern Tarifverhandlungen geführt. Diese konnten im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Im Ergebnis erhöhten sich die Entgelte ab dem 1. April 2013 um 3,7 % und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 3,0 %.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Beschäftigten der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

Zur Absicherung von personellen Engpässen im Zusammenhang mit dem Schichtbetrieb wurde im Berichtsjahr auf einen Zeitarbeiter zurückgegriffen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Wichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die hier zu berichten wäre, ergaben sich im Berichtsjahr nicht.

7. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung geprägt und stellte sich per 31.12.2013 wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	2.018	2.191	-173
Anlagevermögen	1.949	2.163	-214
Umlaufvermögen	69	28	41
Eigenkapital	360	360	0
Investitionszuschüsse	26	29	-3
langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.318	821	497
kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	171	874	-703
Kurzfristige Fremdmittel	143	107	36

Als langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern wird der Gesamtbetrag der von neu.sw im Rahmen des Cash-Poolings gewährten Darlehen, unabhängig von der jeweiligen Fälligkeit ausgewiesen.

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich von 16,4 % auf 17,8 %. Das Anlagevermögen ist zu 18,5 % (Vj. 16,6 %) durch Eigenkapital und zu 87,4 % (Vj. 55,9 %) durch langfristige Mittel gedeckt.

Unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse und aller Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (auch wenn diese zum Teil formal kurzfristiger Natur sind) ergibt sich ein nahezu unveränderter Deckungsgrad der langfristigen Aktiva durch langfristige Mittel von 96,2 % (im Vorjahr 96,3 %). Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Ergebnisabführung an die Muttergesellschaft auf Vorjahresniveau.

Somit ist weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

8. Finanzlage

Alle Mittelzu- und -abflüsse der Gesellschaft werden im Zuge des zentralen Cashpoolings über neu.sw abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und die damit verbundene Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

9. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert und stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	1.249	1.173	76
Betriebliche Aufwendungen	-744	-758	14
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	505	415	90
Abschreibungen	-216	-220	4
Finanzergebnis	-59	-107	48
Steuern	-59	-23	-36
Gesamtergebnis	171	65	106

Die Gesamtleistung stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 76, während die betrieblichen Aufwendungen um TEUR 14 sanken. Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Zinsen (EBITDA) dadurch im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 90. Darüber hinaus verbesserte sich das Finanzergebnis aufgrund der Umstellung auf eine zinsgünstige langfristige Finanzierung.

Im Saldo generierte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen Gewinn von TEUR 171 nach einem Gewinn von TEUR 65 im Vorjahr. Das Jahresergebnis wird im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft, neu.sw, abgeführt.

Deutlich über Plan liegende Einäscherungszahlen und daraus folgend über Plan liegenden Umsätze führten in Verbindung mit unter Plan liegenden Zinsaufwendungen zu einem Gesamtergebnis 2013 das mit TEUR 171 um TEUR 106 über dem Plan (TEUR 65) liegt. Die aus der Planabweichungsanalyse ersichtliche Unterschreitung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus dem in der Planung noch an dieser Stelle berücksichtigten Ausweis der Körperschaftsteuerumlage.

C. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres vor.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden sowie wesentliche Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Mögliche Risiken, die ggf. zu Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt regelmäßig vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken.

Sich anbahnenden risikobehafteten Entwicklungen wird insbesondere mit operativen Maßnahmen begegnet, die im Jahresplan berücksichtigt werden. Darüber hinaus ergreift die Gesellschaft Maßnahmen der bilanziellen Vorsorge (Wertberichtigungen oder Rückstellungen), der Berücksichtigung im Mittelfristplan und des Risikotransfers, z. B. Versicherungen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controllingprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation

unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken im Rahmen einer Risikoinventur. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist die Gesellschaft in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen. Von daher hat sie Möglichkeiten, zusätzliche Risiken einzugehen und/oder risikoreiche Aktivitäten zu planen.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko:	Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit nicht erkennbar.
Risiken im Marktumfeld:	Risiken bestehen im möglichen Verlust von Kunden und einem steigenden Preisdruck durch Konkurrenten. Durch permanente Kundenbetreuung und Intensivierung der Kundenbeziehung zu den Bestattungshäusern sowie Anwendung eines rabattorientierten Preissystems wird diesem Risiko begegnet. Chancen leitet die Gesellschaft insbesondere aus einer möglichen Gewinnung von Neukunden und Trends zur Inanspruchnahme der Feuerbestattung ab.

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Im Bestattungswesen bleibt die Entwicklung der künftigen Beisetzungszahlen gerade vor dem Hintergrund der sich erhöhenden durchschnittlichen Lebenserwartung ungewiss, wobei davon auszugehen ist, dass sich der Trend zu preiswerten Feuerbestattungen weiter fortsetzen wird.

Dem gegenüber steht jedoch ein immer intensiver werdender Wettbewerb zu privat geführten Krematorien. Den hieraus resultierenden Absatzverlusten wird die Gesellschaft durch weitere Intensivierung der

festen Kundenbeziehungen zu den Bestattungshäusern und mit verstärkten Maßnahmen zur Neukundengewinnung entgegenwirken.

Parallel hierzu ist das Serviceangebot marktgerecht zu gestalten, um so kostenneutral entsprechende Mehrwerte für den Kunden zu generieren und damit eine höhere Kundenbindung zu erzielen. Als Dienstleistungsunternehmen wird die Gesellschaft den Schwerpunkt ihres Handelns künftig noch stärker auf die Beratung und Betreuung ihrer Kunden legen.

Die kaufmännische Betriebsführung und Betreuung der Gesellschaft wird weiterhin zentral im Konzern der neu.sw erfolgen, um hier die vorhandenen Synergien auszuschöpfen.

Wesentliche Ziele der Gesellschaft bleiben auch in den nächsten Jahren, die Ertragslage durch einen wirtschaftlichen operativen Betrieb zu verbessern, Kostensenkungspotentiale zu heben und die bestehenden Marktanteile zu sichern bzw. auszubauen.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass sich die Ertragslage der Gesellschaft auch zukünftig positiv gestalten wird. Dies steht jedoch in direkter Abhängigkeit zur Absatzentwicklung. Für 2014 ist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von TEUR 53 und für 2015 von TEUR 82 geplant.

Die Gesellschaft wird auch zukünftig eine würdevolle Bestattungskultur unterstützen. Das bedeutet in erster Linie für alle Beteiligten einen schnellen, flexiblen und professionellen Service ohne unnötige und vor allem unwürdige Wartezeiten zu gewährleisten. Darüber hinaus wird der Unternehmenserfolg anhand verschiedener Leistungskennziffern bewertet und gesteuert. Diese sind neben dem Gesamtergebnis u. a. die Rohmarge, das Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 17. April 2014

Holger Hanson
Geschäftsführer

Olf Häusler
Geschäftsführer

Anlage II

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.169.482,99	1.279.072,99
2. Technische Anlagen und Maschinen	763.019,00	864.230,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.787,00	19.318,00
	1.949.288,99	2.162.620,99
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.129,48	26.049,13
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.468,29	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.548,74	2.096,36
	68.146,51	28.145,49
II. Guthaben bei Kreditinstituten	97,85	127,67
	68.244,36	28.273,16
	2.017.533,35	2.190.894,15

Anlage II

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A.	Eigenkapital		
	I. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30.000,00
	II. Kapitalrücklage	589.729,17	589.729,17
	III. Verlustvortrag	259.512,91	259.512,91
		360.216,26	360.216,26
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	25.536,00	29.018,00
C.	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	23.576,12	21.756,58
		23.576,12	21.756,58
D.	Verbindlichkeiten		
	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.080,42	22.676,78
	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.489.290,97	1.694.937,43
	3. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 3 (i. Vj. TEUR 3)--	90.833,58	62.289,10
		1.608.204,97	1.779.903,31
		2.017.533,35	2.190.894,15

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR		2012 EUR	
1. Umsatzerlöse		1.238.225,12		1.143.768,37
2. Sonstige betriebliche Erträge		10.619,73		29.617,74
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	103.286,70		102.662,82	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	196.271,91	299.558,61	195.715,62	298.378,44
4. Personalaufwendungen				
a) Löhne und Gehälter	251.886,34		234.711,73	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
--davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 1)--	49.741,91	301.628,25	52.366,78	287.078,51
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		215.759,63		219.970,80
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		142.741,32		173.344,71
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		391,26		0,70
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
--davon an verbundene Unternehmen TEUR 59 (i. Vj. TEUR 107)--				
--davon aus der Aufzinsung TEUR 0,3 (i. Vj. TEUR 0,2)--		59.254,26		107.052,03
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		230.294,04		87.562,32
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
--davon Steuerumlagen TEUR 59 (i. Vj. TEUR 23)--		59.003,07		22.596,00
11. Aufwendungen aus Gewinnabführung		171.290,97		64.966,32
12. Jahresüberschuss		0,00		0,00

H. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks/Schlussbemerkung

60. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 26. Mai 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die Ordnungsmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) sowie dem IDW Prüfungshinweis Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1).

Berlin, den 26. Mai 2014

WIBERA Wirtschaftsberatung
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
DÜSSELDORF Zweigniederlassung Berlin

Dierk Schultz
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Monika Prochnow
Wirtschaftsprüferin

neu-medianet GmbH

187

neu-medianet GmbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

A. Grundlagen der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Versorgung der Bevölkerung, des Handels, des Gewerbes, der Industrie, der Landwirtschaft und der öffentlichen Einrichtungen mit Kommunikationsdienstleistungen im Funk- und Fernsehbereich und Telekommunikationsdienstleistungen sowie die Erbringung und Verteilung von Mehrwertdiensten. Die Gesellschaft betreibt Übertragungswege für Telekommunikationsdienstleistungen, erbringt Sprachtelefondienst, errichtet, betreut und bewirtschaftet Kabelfernseh- und Rundfunkanlagen in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem im Bereich der Telekommunikation, des Kabelfernseh- und Rundfunknetzes sowie der Infrastruktur anfallende Aufgaben übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, eigene Studionanlagen zu errichten und zu betreiben, Programme und Sendungen im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu gestalten, zu produzieren und in die eigenen Netze einzuspeisen bzw. sie Dritten zur Verfügung zu stellen. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte auf dem Gebiet der öffentlichen Infrastruktur und der in diesem Zusammenhang stehenden Dienstleistungen.

Der Kundenstamm der neu-medianet GmbH erstreckt sich räumlich im Wesentlichen auf das Stadtgebiet Neubrandenburg und teilweise auf angrenzende Gemeinden. Die Versorgung innerhalb der Stadt Neubrandenburg erfolgt mittels eines eigenen Breitbandkabel- bzw. Lichtwellenleiternetzes. Die umliegenden Gemeinden werden teilweise über dieses Netz bzw. über eigene Kopfstationen versorgt.

Zurzeit liegt der Marktanteil der Gesellschaft im Bereich der Kabelfernsehversorgung im Hauptabsatzgebiet „Stadt Neubrandenburg" noch bei über 90 %. Infolge der zu erwartenden Verschärfung des Wettbewerbs ist jedoch noch nicht absehbar, in welchem Umfang dieser Marktanteil gehalten werden kann.

Im Bereich der Kabelfernsehversorgung besteht der Kundenstamm im Wesentlichen aus Privatkunden und -haushalten. Im Bereich der Nebenleistungen Datenverkehr bzw. Datendurchleitung / Standortvernetzung besteht der Kundenstamm ausschließlich aus Gewerbekunden.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft ist 2013 getragen von einer steigenden Konsumnachfrage weiter gewachsen und trug damit wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum bei. Nach aktuellen Erhebungen wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 % (im Vorjahr: 0,7 %), für 2014 gehen die Experten des DIW derzeit von einem Wachstum des BIP um 1,8 % aus.

Nachdem die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 noch um 2,0 % angestiegen waren, führten der anhaltende Anstieg der Preise für Energieprodukte und überdurchschnittliche Preiserhöhungen bei Nahrungs- und Genussmitteln verbunden mit einem leichten Rückgang der Preise für Bekleidung und Schuhe in Deutschland zu einem Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber 2012 um 1,4 %.

Auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft hat die konjunkturelle Entwicklung jedoch nur begrenzten Einfluss. Die neuen technischen Möglichkeiten zur Bereitstellung von digitalen Radio- und Fernsehsignalen und Internetzugängen über herkömmliche Telefonleitungen aber auch über Mobilfunksignale sowie der sich verschärfende Wettbewerb im Bereich der Festnetztelefonie führen bei den Kabelnetzbetreibern vielfach zum Wechsel der Geschäftsmodelle vom reinen Infrastrukturbetrieb zum „Komplettdienstanbieter".

Die Kabelnetzbetreiber stellen sich den Herausforderungen dieses verstärkten Wettbewerbs in ihrem klassischen Marktumfeld mit neuen Angeboten zur Konvergenz von Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationsmedien.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Produktgruppen über die einzelnen Abnahmestellen:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Kabel-Grundversorgung	1	0	1
Kabel-Normalversorgung	25.625	26.699	-1.074
fitflat	8.424	7.371	1.053
Sonstige	76	80	-4
Summe	34.126	34.150	-24

Insgesamt ging die Anzahl der Abnahmestellen leicht zurück. Durch den anhaltenden Trend zur verstärkten Nutzung der fitflat-Produkte ergeben sich jedoch im Vorjahresvergleich Verschiebungen in der Nutzung

der Abnahmestellen, weg von der klassischen Kabel-Versorgung (TV und Radio) hin zur Triple-Play-Versorgung (TV/Radio, Telefonie und Internet).

3. Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in Höhe von TEUR 1.007. Investitionsschwerpunkte waren dabei Investitionen in die Netze und die Beschaffung von Kundenendgeräten. Darüber hinaus erfolgten Investitionen insbesondere in neue Kundenanschlüsse sowie im Zusammenhang mit Umbau- und Umverlegungsmaßnahmen der Stadt Neubrandenburg.

Finanzinvestitionen oder Beteiligungen erfolgten im Berichtsjahr nicht.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Soweit erforderlich, wurden die benötigten finanziellen Mittel durch neu.sw im Rahmen des Cashpoolings, an dem auch die Gesellschaft teilnimmt, bereitgestellt.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Überprüfung der Fristigkeiten der im Rahmen des Cashpoolings bei der Konzernobergesellschaft neu.sw aufgenommenen Mittel. Im Ergebnis wurde für in den Vorjahren durchgeführte Investitionen ein langfristiges Darlehen über TEUR 5.600 mit einer an der Nutzungsdauer der finanzierten Anlagen korrespondierenden Restlaufzeit von drei Jahren aufgenommen. Darüber hinaus erfolgte auch die Finanzierung der in 2013 vorgenommenen Investitionen mit einer langfristigen Darlehensaufnahme über 1.000 TEUR im Rahmen des Cashpoolings mit neu.sw.

Weiterhin wurden im Berichtsjahr Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 55 vereinnahmt.

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 19 Mitarbeiter (Vj. 18) und ist in die Management- und Personalstrukturen sowie in die tarifvertraglichen Regelungen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (nachfolgend „neu.sw" genannt) eingegliedert.

Die Grundlage für Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer bei neu.sw und den organschaftlich verbundenen Unternehmen bilden der seit dem 1. März 2009 geltende Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie der Entgelttarifvertrag. Mit einem Änderungsvertrag zum Manteltarifvertrag wurde eine Erhöhung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten ab dem 1. Januar 2012 vereinbart. Vor dem Hintergrund der

Kündigung des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2012 wurden mit den Tarifpartnern Tarifverhandlungen geführt. Diese konnten im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Im Ergebnis erhöhten sich die Entgelte ab dem 1. April 2013 um 3,7 % und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 3,0 %.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Beschäftigten der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das zweitgrößte Wohnungsunternehmen der Stadt Neubrandenburg, die Neubrandenburger Wohnungsbaugenossenschaft eG (NEUWOBA), hat im Mai 2013 eine Ausschreibung für die Errichtung und den Betrieb von Breitbandkabelanlagen gestartet, an der sich die neu-medianet beteiligt hat. Die endgültige Vergabeentscheidung wurde erst Anfang 2014 verkündet.

7. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter geprägt und stellt sich per 31.12.2013 wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	8.759	7.998	761
Anlagevermögen	7.051	7.063	-12
Umlaufvermögen / Rechnungsabgrenzung	1.708	935	773
Eigenkapital	863	863	0
Investitionszuschüsse	492	553	-61
langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.480	0	5.480
kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.022	5.875	-4.853
kurzfristige Fremdmittel	902	707	195

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Ergebnisabführung an den Gesellschafter neu.sw unverändert auf Vorjahresniveau.

Infolge des Anstiegs der Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme im Berichtsjahr leicht auf 9,9 % (Vj. 10,8 %). Bei 70 %iger Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 13,8 % (Vj. 15,6 %). Die langfristigen Aktiva sind zu 96,9 % (Vj. 20,0 %) langfristig finanziert.

Insgesamt ist unter Berücksichtigung der nachhaltig betriebenen Finanzierung der Konzerngesellschaften weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

8. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und der damit verbundenen Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Alle Mittelzu- und -abflüsse der Gesellschaft werden im Zuge des zentralen Cashpoolings über neu.sw abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der im Wesentlichen zur Finanzierung der Investitionen und der Gewinnabführung verwandt wurde.

9. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft stellt sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2013	2012	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	7.047	7.091	-44
betriebliche Aufwendungen	-4.559	-4.270	-289
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	2.488	2.821	-333
Abschreibungen	-990	-1.074	84
Finanzergebnis	-125	-262	137
Steuern	-351	-385	34
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Gesamtergebnis	1.022	1.100	-78

Die Gesamtleistung ist gegenüber dem Vorjahr trotz eines Anstieges der Umsatzerlöse um TEUR 213 aufgrund des deutlichen Rückgangs der in den sonstigen betrieblichen Erträge enthaltenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der im Vorjahr enthaltenen periodenfremden Erträge im Saldo um TEUR 44 gesunken. Gleichzeitig stiegen die betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 289. Dieser Anstieg der betrieblichen Aufwendungen resultiert insbesondere aus höheren Materialaufwendungen und gestiegenen Personalaufwendungen.

Insgesamt sank das Betriebsergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) dadurch im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 333. Die deutliche Verbesserung des Finanzergebnisses resultiert aus den infolge der Umfinanzierung geringeren Zinsaufwendungen.

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr ein Ergebnis von TEUR 1.022. Dieses wurde im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an neu.sw abgeführt.

C. Nachtragsbericht

Mit Datum vom 3. April 2014 wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2015 ein neuer Gestattungs- und Versorgungsvertrag mit der NEUWOBA abgeschlossen. Die daraus resultierenden vorbereitenden Maßnahmen, insbesondere im Vorfeld notwendige Erweiterungsinvestitionen sowie Veränderungen an den Prozessen zur Vertragsdurchführung werden derzeit untersucht. Die Ergebnisse werden soweit erforderlich kurzfristig umgesetzt und darüber hinaus in der anstehenden Planung für die Jahre 2015 ff. berücksichtigt.

Weitere wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden sowie wesentliche Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Mögliche konjunkturbedingte Versorgungsausfälle, die zu Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Sich anbahnenden risikobehafteten Entwicklungen wird insbesondere mit operativen Maßnahmen begegnet, die im Jahresplan berücksichtigt werden. Darüber hinaus ergreift die Gesellschaft Maßnahmen der bilanziellen Vorsorge (Wertberichtigungen oder Rückstellungen), der Berücksichtigung im Mittelfristplan und des Risikotransfers, z. B. Versicherungen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet

und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controllingprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleisten. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist die Gesellschaft in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen. Von daher hat sie Möglichkeiten, zusätzliche Risiken einzugehen und/oder risikoreiche Aktivitäten zu planen.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko:	Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit nicht erkennbar.
Risiken im Marktumfeld:	Ein Risiko sieht die Gesellschaft darin, dass durch andere Dienste- und Produktanbieter Kunden abwandern können. Chancen sieht die Gesellschaft in der höheren Qualität der ausgestrahlten digitalen Programme, einer größeren digitalen Programmvielfalt und im Multimediabereich einen breiten Raum für das Angebot neuer Produkte zur Kundenbindung und -gewinnung. Auf der Seite der Bereitstellung von Leistungen an Endkunden ergeben sich weitere Risiken und Chancen aus dem Auslaufen bzw. der Kündigung von Verträgen zur Nutzung der Netze innerhalb versorgter Gebäude (Netzebene 4) durch Wohnungseigentümer.

Allerdings enthalten die durch die Wohnungseigentümer zur Endkundenversorgung initiierten Ausschreibungsverfahren neben dem Risiko, den Zugang zur Netzebene 4 und damit die Endkunden zu verlieren, auch die Chance, neue Kunden zu gewinnen und den Tätigkeitsbereich zu erweitern.

Dem Risiko der möglichen Endkundenverluste wird durch die Verhandlung neuer Vertragsangebote mit den Eigentümern der Häuser auf der Ebene der Geschäftsführung entgegengewirkt.

Darüber hinaus werden neue Entwicklungen in der Form der Kooperation mit Wohnungseigentümern und –verwaltern untersucht und der sich daraus ableitende Änderungsbedarf bezüglich des Geschäftsmodells der Gesellschaft analysiert.

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Unveränderte Zielstellung der Gesellschaft ist der Erhalt der derzeit bestehenden lokalen Marktdominanz.

Neben der Ausrichtung auf den Haushaltskundenbereich sind die Aktivitäten bezogen auf Angebote für Gewerbekunden zu intensivieren. Insofern sind die Kunden- und Verkaufsaktivitäten ständig zu optimieren und bedarfsgerecht zu gestalten. Wesentliche Aussagen über den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen werden die Gesamterlöse sowie die Kundenzahlen pro Produktgruppe geben.

Die Investitionstätigkeit in 2014 wird geprägt durch die Investitionen in Vorbereitung auf den ab 2015 neuen Gestattungs- und Versorgungsvertrag mit der NEUWOBA. Insgesamt werden in diesem Zusammenhang in den Jahren 2014 bis 2016 Investitionen in einen technologischen Umbau und die Erneuerung der Netze der Gesellschaft von mehr als 3 Mio. EUR erfolgen. Darüber hinaus werden weiterhin Investitionen zur kapazitiven und qualitativen Optimierung der Übertragungsnetze erfolgen. Da jedoch im Stadtgebiet Neubrandenburg derzeit keine neuen Bebauungsgebiete geplant sind, werden zukünftig weitere Investitionen in Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden und deren Anschluss an das Hauptnetz in der Stadt Neubrandenburg, erfolgen.

Die Finanzierung der Investitionen sowie die des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgen. Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, werden diese, wie in der Vergangenheit, durch neu.sw gegen eine angemessene Verzinsung zur Verfügung gestellt werden.

Es wird eingeschätzt, dass sich die Ertragslage der Gesellschaft auch zukünftig positiv gestalten wird. Für 2014 sieht die Planung ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von TEUR 941 vor. Die bisherige Mittelfristplanung ging für 2015 von einem Ergebnis vor Gewinnabführung von TEUR 980 aus. Aus dem Neuabschluss des Gestattungs- und Versorgungsvertrages mit der NEUWOBA resultieren jedoch deutliche Ertragseinbußen, so dass aktuell für 2015 ein Ergebnis von ca. 500 TEUR erwartet wird. Mittelfristig soll durch eine veränderte Produktgestaltung, durch verstärkte Akquisebemühungen im Multimedia-Bereich und Prozess- und Kostenoptimierungen das heutige Ergebnisniveau wieder erreicht werden.

Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) sowie die Entwicklung der Kundenzahlen.

Eine weitere wesentliche Kennziffer stellt hierbei einerseits das Verhältnis der Anlagenzugänge im Verhältnis zu den um die Sonderabschreibungen vergangener Jahre bereinigten Abschreibungen dar. Andererseits ergeben sich aus der Zinsaufwandsquote sowie der Cashflow-Entwicklung messbare Kennziffern für unternehmerische Entscheidungen.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 25. April 2014

Holger Hanson
Geschäftsführer

Thomas Lenz
Geschäftsführer

Anlage II

neu-medianet GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	109.023,59	113.216,30
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen	6.699.167,00	6.526.731,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	187.521,00	205.800,00
3. Anlagen im Bau	55.450,18	217.158,47
	6.942.138,18	6.949.689,47
	7.051.161,77	7.062.905,77
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Fertige Erzeugnisse und Waren	2.002,00	2.002,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	651.901,52	593.917,08
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	764.817,65	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	248.888,49	65.630,03
	1.665.607,66	659.547,11
III. Guthaben bei Kreditinstituten	14.308,88	252.935,83
	1.681.918,54	914.484,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.737,71	20.781,86
	8.758.818,02	7.998.172,57

neu-medianet GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A.	Eigenkapital		
I.	Gezeichnetes Kapital	300.000,00	300.000,00
II.	Kapitalrücklage	563.457,17	563.457,17
		863.457,17	863.457,17
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	492.314,74	552.889,33
C.	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	308.364,67	255.958,09
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	490.701,62	352.650,17
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.501.644,93	5.875.074,51
3.	Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 8 (i. Vj. TEUR 8)--	102.334,89	98.143,30
		7.094.681,44	6.325.867,98
		8.758.818,02	7.998.172,57

198

neu-medianet GmbH,
Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR		2012 EUR	
1. Umsatzerlöse		6.588.667,14		6.375.685,80
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		110.758,67		132.718,57
3. Sonstige betriebliche Erträge		347.003,24		582.901,62
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	272.524,58		199.332,56	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.259.755,28	1.532.279,86	1.122.347,36	1.321.679,92
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	670.736,49		642.873,42	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
--davon für Altersversorgung TEUR 0,3 (i. Vj. TEUR 0,4)--	143.034,41	813.770,90	127.156,85	770.030,27
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		990.411,12		1.074.132,93
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.212.558,14		2.178.398,37
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 1 (i. Vj. TEUR 0)--				
--davon aus der Abzinsung TEUR 2 (i. Vj. TEUR 0,3)--		3.463,67		31.703,41
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
--davon an verbundene Unternehmen TEUR 128 (i. Vj. TEUR 294)--		127.901,15		294.443,46
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.372.971,55		1.484.324,45
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
--davon Steuerumlagen TEUR 351 (i. Vj. TEUR 385)--		351.326,62		384.764,00
12. Aufwendungen aus Gewinnabführung		1.021.644,93		1.099.560,45
13. Jahresüberschuss		0,00		0,00

H. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks/Schlussbemerkung

61. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 26. Mai 2014 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der neu-medianet GmbH, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die Ordnungsmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der neu-medianet GmbH, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) sowie dem IDW Prüfungshinweis Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1).

Berlin, den 26. Mai 2014

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
DÜSSELDORF Zweigniederlassung Berlin

Dierk Schultz
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Monika Prochnow
Wirtschaftsprüferin